:antifaschistische nachrichten Nr. 22

g 3336 2.11.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Fraktion in Gründung

BRÜSSEL/STRASSBURG. Der Zusammenschluss extrem rechter Parteien im Europäischen Parlament zu einer Fraktion steht kurz bevor. Eine Gründung ist für Dezember oder Januar geplant. Als mögliche Mitglieder werden die „Front National“ (F), „Vlaams Belang“ (B), „Lega Nord“ (I), „Familienpartei“ (PL) und FPÖ (A) genannt.

Eine Fraktion im EU-Parlament muss aus mindestens 19 Abgeordneten aus fünf verschiedenen Ländern bestehen. Der für die FPÖ im EU-Parlament sitzende Andreas Mölzer war bereits in der Vergangenheit für eine „Nationalistische Internationale“ eingetreten und hatte ein „Kontaktforum der europäischen patriotischen und nationalen Parteien und Bewegungen“ initiiert.

hma ■

Zeitung eingestellt

BERLIN. Die sogenannten „Republikaner“ haben das Erscheinen ihres Parteiorgans eingestellt. Die zuletzt unter dem Titel „Zeit für Protest“ erscheinende Zeitung muss aus „Kostengründen“ abgewickelt werden. Künftig soll es lediglich noch ein Informationsblatt für die Parteimitglieder geben.

In den Hochzeiten der „Republikaner“ wurde die Zeitung unter dem damaligen Titel „Der Republikaner“ noch in Massenauflage in Wahlkämpfen eingesetzt. Ihr Interesse an den Überresten der Partei hat unterdessen auch schon die NPD angekündigt. *hma* ■

60 Jahre VVN NRW

Am 28.10. feierte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten NRW den 60. Jahrestag ihrer Gründung. Siehe auch Seite 7

Aus dem Inhalt:

Ehrung mit schalem Beigeschmack 6
Flüchtlingsstreik in Blankenburg . . 12

Ein antifaschistischer Kämpfer lebt nicht mehr

Peter Gingold, antifaschistischer Widerstandskämpfer, Kommunist aus jüdischem Elternhaus, Internationalist starb am 28. Oktober in Frankfurt/M. im Alter von 90 Jahren.

Für Peter Gingold steht ein Motto „Résistance = Widerstand – ein Leben lang!“ Geboren am 8. März im Kriegsjahr 1916 erlebte er in der Weimarer Zeit die Realität der sozialen Not und des Antisemitismus. Politische Überzeugung und Handeln war für ihn eines. So organisierte er sich schon früh in der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung und engagierte sich vor 1933 und nach der Machtübertragung an die NSDAP im antifaschistischen Kampf.

Verhaftet im Juni 1933 wurde er von den Nazis zur Emigration gezwungen. Er ging nach Paris, wo bereits seine Eltern und Geschwister lebten. Dort setzte er seinen antifaschistischen Kampf fort. Er gehörte zu den Gründern der überparteilichen „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) und wurde Mitglied der KPD. Hier lernte er auch Ettie Stein-Haller kennen, die er 1940 heiratete. Über sechzig Jahre lebten sie zusammen und haben sich gegenseitig in ihrer politischen Arbeit und Überzeugung gestützt und gestärkt.

Nach dem faschistischen Überfall auf Frankreich arbeiteten beide in der französischen Résistance. 1943 geriet Peter in die Fänge der Gestapo. Ihm gelang jedoch die Flucht. Im August 1944 nahm er am Aufstand zur Befreiung von Paris teil. Den 8. Mai 1945, „das Morgenrot der Menschheit“, erlebte er bei den italienischen Partisanen in Turin.

Zurückgekehrt nach Frankfurt gehörten Peter und Ettie zu den Gründern der hessischen VVN und wirkten politisch in der KPD. Doch während Peter für seine antifaschistische Arbeit in Frankreich und Italien geehrt wurde, erlebte er in Deutschland lange Jahre gesellschaftliche Ausgrenzung. Als Widerstandskämpfer und Kommunist wurden ihm und seiner Frau viele Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft verweigert. In Gefolge des KPD-Verbots musste Peter zeitweilig wieder in die Illegalität gehen. Später musste er erleben, dass man seine Tochter Sylvia wegen ihrer politischen Überzeugung mit Berufsverbot belegte.

All das hat ihn nicht abgehalten, sich für seine Vision von einer sozialen und menschenwürdigen Gesellschaft, frei von Krieg und Ausbeutung einzusetzen. Dass man dazu einen sehr langen Atem brauche, auch Rückschläge verkraften müsse, vermittelte er in zahllosen Gesprächen und Vorträgen, besonders gegenüber jungen Zuhörern. Und er forderte die jungen Leute auf, selber aktiv zu werden gegen Neofaschismus, Rassismus, soziale Ungerechtigkeit und Ausgrenzung. Dabei ging er mit gutem Beispiel voran bei zahllosen Aktionen gegen alte und neue Nazis, ob in Mittenwald, in Wunsiedel, in Frankfurt oder Berlin.

Peter Gingold war ein viel gefragter Redner, Gesprächspartner und Zeitzeuge, der politisch reflektiert, engagiert und persönlich authentisch historische Zusammenhänge vermitteln konnte. Er wurde eingeladen von Gewerkschaften oder der autonomen Antifa, von Universitäten oder der DKP und natürlich von der VVN-BdA, für die er in den letzten Jahren als Bundessprecher politisch aktiv war. Nicht zu vergessen seine Aktivitäten im Auschwitz-Komitee der BRD, gegen die Profiteure der Kriegsverbrechen – die IG-Farben in Abwicklung oder für den Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ e.V. (DRAFD).

Hier – und das zeigte eindrucksvoll die Feier zu seinem 90. Geburtstag im Frankfurter DGB-Haus – erlebte er die Anerkennung, die ihm die bundesdeutsche Gesellschaft verweigert hatte.

Ulrich Schneider ■

Die Trauerfeier zu Ehren von Peter Gingold soll im November in Frankfurt/M. stattfinden. Er selbst wird in Paris, im Familiengrab bei seiner Frau Ettie beigesetzt werden.

Aussiedler im Visier

BERLIN. An den jüngsten Wahlen in Berlin hat sich auch der „Konvent der Rußlanddeutschen“ um seinen Vorsitzenden Dr. Heinrich Groth beteiligt. Dieser war in der Vergangenheit Funktionär der russischen „Wiedergeburt“, der „Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen“. Im Jahr 2003 trat er in Berlin der extrem rechten „Deutschen Partei“ (DP) bei und sammelte dort rund hundert weitere Aussiedler in einem eigenen Arbeitskreis, wie er 2005 in einem Interview mit der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ mitteilte. Bei den jüngsten Wahlen zu den Bezirksvertretungen versuchte Groth mit einer komplett mit Aussiedlern aus Rußland besetzten Wahlliste der extrem rechten „Offensive D“ in die Bezirksvertretung in Marzahn-Hellersdorf einzuziehen. Hier, wo Aussiedler aus Rußland mehr als zehn Prozent der Bevölkerung stellen, erhoffte sich Groth ein Wahlergebnis von mehr als 3 Prozent. In einem Leserbrief im „Ostpreußenblatt/PAZ“ musste er nun allerdings eingestehen, dass die „theoretisch realistische Prognose“ sich habe „leider nicht verwirklichen lassen“. Nach dem offiziellen Wahlergebnis vom 18. September 2006 erzielte die „Offensive D“ im Bezirk Marzahn-Hellersdorf nur 550 Stimmen (0,5%). Die auf soziale Demagogie und Nationalismus setzende Partei hatte während des Wahlkampfes in Berlin dutzende Informationsstände und zahlreiche „Politische Abende“ u.a. in Neukölln, Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Charlottenburg, Tempelhof, Reinickendorf und Pankow durchgeführt. *hma* ■

Rassismus-Strafnorm vor dem Aus?

SCHWEIZ. Während die neofaschistischen Aktivitäten in der Schweiz immer weiter zunehmen, hat die rechtskonservative „Schweizer Volkspartei“ (SVP) um Justizminister Christoph Blocher den Kampf gegen die Rassismus-Strafnorm aufgenommen. Blocher will die Streichung oder zumindest die Revision des Gesetzes, das sich gegen Diskriminierung und Rassismus in der Gesellschaft wendet. Das Gesetz sei, so Blocher, zu einem „Maulkorb-Gesetz“ gegen den kleinen Mann geworden und richte sich gegen die Meinungsfreiheit. Unterdessen führt der extrem rechte Flügel seiner Partei eine Kampagne gegen den Bau von Minaretten in der Schweiz und schürt damit Vorurteile gegen die in der Schweiz lebenden Muslime. In den vergangenen Jahren waren neben Neonazis auch Anhänger der SVP wegen Zuwiderhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm verurteilt worden. *hma* ■

Lektüre für Militaristen

BERCHTESGADEN. Dem „Abwehrkampf im Osten“ widmet sich die aktuelle Ausgabe der „Deutschen Militärzeitschrift“, die auch an zahlreichen Kiosken beworben wird. In der von dem ehemaligen „Junge Freiheit“-Redakteur Manuel Ochsenreiter herausgegebenen Zeitschrift finden sich wieder zahlreiche Anzeigen extrem rechter Verlage, wie des „Deutsche Stimme“-Verlags der NPD, „Arndt-Verlag“, „Grabert-Verlag“ und „Pour le Merite-Verlag“ sowie für einschlägige Publikationen wie „Der Schlesier“, „Der Eckart“ oder „Die Aula“. Mehrere Beiträge stammen aus der Feder von Autoren des „Ostpreußenblatt/PAZ“ und der „Jungen Freiheit“.

Gelesen wird die Zeitschrift auch von aktiven Bundeswehrsoldaten. Glaubt man den Äußerungen des Chefredakteurs dieses Blattes, haben sich im abgelaufenen Jahr von diesen zahlreiche bei ihm „für die objektive und schonungslose Berichterstattung über die Konzeptionslosigkeit der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ bedankt.

hma ■

Baier, Baier, wechsle dich

SACHSEN. 1998 trat Klaus Baier in die NPD ein, kurz vor Weihnachten 2005 verließ er sie. In der Zwischenzeit hatte es der Annaberger Baier zum Kreisvorsitzenden der NPD und zum Landesvorstandsmitglied, zum Stadtrat und zum Landtagsabgeordneten gebracht. Nur knapp acht Jahre hatte er also gebraucht um zu bemerken, wo er da gelandet war: in einer neonazistischen Partei nämlich. Die beklagte er in seinem Austrittsschreiben ebenso lauthals wie die Dominanz von Wessis in der Landtagsfraktion seiner nunmehr ehemaligen Partei. Sein Austritt war – ebenso wie der seines Fraktionskollegen Mirko Schmidt (Meißen) vom Sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz „begleitet“ worden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Wollte Baier ursprünglich gemeinsam mit Schmidt Anfang 2006 die „Sächsische Volkspartei“ gründen, wählte er schnell einen bequemeren Weg. Warum etwas Neues gründen, wenn es bereits etwas Passendes gibt? Baier wurde bei seiner Suche schnell fündig. Er wechselte umgehend zur Freiheitlichen Partei Deutschlands (FPD), einer Kleingruppe, die vor allem im Raum Riesa-Großenhain und Hoyerswerda aktiv ist. Eine konsequente Wahl, denn Baier hatte ja selbst betont, dass er weiter für „nationale Politik“ stehe. Und das tut die FPD wahrlich auch. Der Vorsitzende, Dr. Johannes Hertrampf (Thiendorf), gehörte früher dem Landesvorstand der DVU an und ist Autor in diversen Zeitschriften der extremen Rechten von „Nation + Europa“ bis hin zu „Recht + Wahrheit“. Und der Wechsel zu FPD war auch eine weise Wahl von Baier, denn trotz aller öffentlich zugänglichen einschlägigen Informationen über die FPD behauptet der sächsische Verfassungsschutz, man habe keinerlei „Erkenntnisse“ über die Miniaturpartei. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Man kann nur spekulieren, was Baier bewogen hat, seine neue politische Heimat bereits wieder aufzugeben. Jedenfalls brauchte es bei ihm neun Monate bis der Entschluss herangereift war, mal wieder etwas Neues zu versuchen. Der gelernte Krankenpfleger Baier ist der siechen DSU beigetreten. Der frühere Ost-Ableger der bayerischen CSU kann sich also, nachdem die Mutterpartei vor etlichen Jahren die Nabelschnur abgeschnitten hatte, über Zuwachs wenigstens durch einen Baier freuen. Nötig hat sie es. Bitter nötig sogar. Die Westausdehnung der DSU missglückte, die Mitglieder liefen in Scharen davon. Heute hört man von der DSU auf Landesebene eigentlich nur noch dann etwas, wenn sich Funktionäre wieder einmal im engen Umfeld der NPD tummeln. Womit Baier in der Nähe seiner früheren politischen Freunde gelandet wäre. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt… *vow* ■

Proteste gegen Volkstrauertag geplant

AUGSBURG. Antifaschistische und linke Gruppen aus Augsburg planen Proteste gegen den Volkstrauertag am 19. November. Seit mittlerweile mehreren Jahren nehmen an den öffentlichen Trauerfeierlichkeiten am Kriegerdenkmal an der Blauen Kappe Rechtsextremisten aus dem Spektrum der Neonaziorganisation „Nationale Opposition – Bündnis für Augsburg“ teil. Dies führte dazu, dass NPD-AnhängerInnen zusammen mit Bundeswehrangehörigen und offiziellen VertreterInnen der Stadt Augsburg gemeinsam vor dem Denkmal standen, Kränze ablegten

und zusammen das Deutschlandlied sangen. Dass die Präsenz der FaschistInnen bei der Gedenkveranstaltung nicht zufällig ist, wird sehr schnell deutlich, wenn man sich etwas näher mit den Inhalten der Trauerveranstaltung beschäftigt. Maßgeblich geht es hier nicht um die Opfer aller Kriege oder gar um die Opfer des Naziregimes, sondern um die deutschen Opfer. Hier wird ganz bewusst der Mythos aufrechterhalten, dass die Hauptleidtragenden der NS-Herrschaft und des 2. Weltkrieges die Deutschen selbst waren. Dass sich Neonazis diesem Konsens inhaltlich problemlos anschließen können, versteht sich von selbst. Nachdem sich im letzten Jahr schon einige AntifaschistInnen an der Trauerfeier eingefunden hatten, um mittels Transparenten gegen den geschichtsrevisionistischen Opfermythos zu protestieren, sollen dieses Jahr die Proteste größer organisiert angegangen werden.

Wer Näheres zu der geplanten Veranstaltung erfahren will, kann sich auf www.contra-real.tk informieren. *jc* ■

Holländischer Antifaschist inhaftiert!

HAMBURG. Am Freitag nahmen 200 Menschen an einer Solidaritätskundgebung für den holländischen Antifaschisten Kaweh Kazrounian vor dem Hamburger Gefängnis am Holstenglacis, teil. Kazrounian wurde bereits am letzten Sonnabend, den 14.10.2006 festgenommen, als in Hamburg-Wandsbek ca. 2.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis demonstrierten. Er befindet sich seitdem in Untersuchungshaft.

Nachdem die Demonstration zunächst friedlich verlief, setzte die Polizei im weiteren Verlauf neben Wasserwerfern auch Schlagstöcke ein, um den Rechtsradikalen einen Weg zu bahnen. Hierbei wurden 28 AntifaschistInnen vorläufig fest- bzw. in Gewahrsam genommen. Währenddessen hielten Beamte einigen Betroffenen die Münder zu, damit sie Umstehenden nicht ihre Namen sagen konnten, um anwaltliche Hilfe zu bekommen. Schon während eines Polizeieinsatzes, bei einem Fest im Hamburger Schanzenviertel, Anfang September, wurden Festgenommene mit Dunkelbrillen versehen. Von Anwälten und Kriminologen wird ein derartiges Vorgehen als Form der Folter gewertet. Nachdem die Betroffenen Strafverfahren in die Wege leiteten, die sie nach Angaben ihrer Rechtsanwälte, wenn es sein muss bis vor den Europäischen Menschenrechtgerichtshof bringen wollen, ist das „Mundzuhalten“ ein weiteres menschenunwürdiges und strafwürdiges Vergehen seitens der Hamburger Polizei. Unter den im Verlauf der antifaschistischen Demonstration Festgenommenen befand sich auch Kaweh Kazrounian. Im Gegensatz zu den anderen Festgenommenen nahm

weiter Seite 4

Gebirgsjäger machen Schlagzeilen

Totenschändung hat Tradition

Es ist seit den Protesten gegen die Brendtenfeier 2002 kein Geheimnis mehr, in welchem Umfeld die Gebirgsjäger der Bundeswehr seit 50 Jahren in Mittenwald ausgebildet, trainiert und seit 1999 in alle Welt zum Auslandseinsatz geschickt werden. Noch heute treffen sich in so genannten Traditionskameradschaften die Mörder von Kommeno, Kephalonia und die Gebirgsjäger, die die Deportationen der Athener Juden zu verantworten haben.

Die alljährliche Heldenverehrung an Pfingsten geht einher mit Hakenkreuzorden, Hitlergruß und antisemitischen Ausfällen gegen Holocaust-Überlebende. Den greisen Tätern des Vernichtungskrieges ist seit jeher die Unterstützung der Bundeswehr sicher.

Die widerliche Totenschändung der Mittenwalder Gebirgsjäger in Afghanistan geht einher mit den hinreichend bekannten Formen von sexualisierter Gewalt, die wir in zahlreichen Kriegsauseinandersetzungen nachweisen können. Krieg ist ohne Morden, Vergewaltigen, Plündern und Schänden nicht zu denken und sie gedeihen erst in patriarchalen männerbündischen Strukturen.

Der breiten Öffentlichkeit unbekannt, ist hingegen, dass auch die Schändung von Toten durch Mittenwalder Gebirgsjäger eine widerliche Tradition hat.

„Es ist ein Schlag ins Gesicht“, „Das sind Nestbeschmutzer“, „Diese Soldaten können keine geborenen Mittenwalder sein“, „Hier würde niemand die Totenruhe mit Füßen treten.“ So tönt es aus Mittenwalds Wohnzimmern. Besonders der Bürgermeister Salminger kämpft für die Ehre von Mittenwald und seiner Gebirgsjäger: „Wir sind nicht die Gemeinde der Totenschänder. Das waren Idioten, die nichts mit unserem Ort gemein haben.“ Bürgermeister Salminger muss in beiden Punkten deutlich widersprochen werden:

1. Es gibt in Mittenwald ganz offensichtlich eine Tradition der Totenschändung. 1943 ermordeten die Soldaten der 12. Kompanie des Gebirgsjäger-Regiments 98 im nordgriechischen Kommeno nicht nur 317 Zivilisten, sondern einzelne Soldaten schändeten nach dem Massaker auch Frauenleichen.

2. Diese Totenschänder von Kommeno waren Gebirgsjäger aus Mittenwald, Der verantwortliche Regimentskommandeur am 16. August 1943 war ein gewisser Josef Salminger, Ritterkreuzträger, NS-Kriegsverbrecher und Vater von Mittenwalds Bürgermeister Hermann Salminger. Auf Befehl von Josef Salminger fuhren am 16. August 1943 ca.120 Angehörige der 12. Kompanie/Gebirgsjägerregiment 98 „feldmarschmäßig“ mit Maultieren und dem Küchenwagen nach Kommeno. Die Soldaten töteten alles, was sich bewegte, und brannten das Dorf nieder. 317 Menschen wurden in Kommeno ermordet, 172 Frauen und 145 Männer. 97 waren jünger als 15 Jahre, 14 älter als 65. 13 waren ein Jahr alt. 38 Menschen verbrannten in den Häusern, von denen 181 zerstört wurden. Einer der Täter berichtete 1970 der Staatsanwaltschaft: „Was mich furchtbar abgestoßen hat, das war, dass einige Angehörige der 12. Kompanie sich in schändlicher Weise an den Leichen zu schaffen machten. So habe ich selbst gesehen, wie einige Soldaten den weiblichen Leichen Bierflaschen in den Geschlechtsteil einführten. Ich glaube, ich habe auch Leichen gesehen, denen die Augen ausgestochen waren. (…) (Ich) möchte noch ergänzend anführen, weil dies auch vielleicht ein bezeichnendes Licht auf die Sache wirft, dass nach dem Einsatz im Zeltlager ein Besäufnis stattfand. Es war Wein und auch Lebensmittel erbeutet worden. Dieser Wein wurde ausgetrunken, und es ging bei einigen Kameraden hoch her. Allerdings, und dies möchte ich auch feststellen, war den meisten nicht zum Feiern.“ (Aus den Ermittlungsakten gegen Salminger und Unbekannte - Staatsanwaltschaft München I 117 Js 49-50/68)

Die namentlich bekannten Täter trafen sich bereits Pfingsten 1947 wieder mit allen überlebenden Kompanie-Angehörigen und schlossen sich zu einer der aktivsten Kompaniekameradschaften im Kameradenkreis der Gebirgsjäger zusammen.

Sie sind jedes Jahr willkommener Bestandteil der Brendtenfeier.

Keiner der Täter ist für das Massaker je verurteilt worden. Das in den Jahren 1968 bis 1972 angestrengte Ermittlungsverfahren gegen 162 Beteiligte wurde von der Staatsanwaltschaft München I aus „Beweismangel“ eingestellt. Die Morde und die Schändungen der 12. Kompanie blieben bis heute ungesühnt.

Auch anderenorts sind die Massaker der Gebirgsjäger wie die Ermordung von etwa 4000 italienischen Soldaten auf Kephalonia, die sich bereits ergeben hatten, für die Täter ohne strafrechtliche Konsequenzen geblieben.

Das werden wir nicht hinnehmen.

Wir rufen auch für das Jahr 2007 zu phantasievollen Protesten gegen die alten und neuen Gebirgsjäger in Mittenwald und anderswo auf.

Wir fordern: Bestrafung der NS-Täter! Entschädigung der Opfer! Wiederentwaffnung der Bundeswehr!

AK Angreifbare Traditionspflege NRW
www.nadir.org/mittenwald
angreifbare.tradition@freenet.de
Pressemitteilung 27.10.2006 ■

der Abend für den holländischen Antifaschisten einen Verlauf, den es so in Hamburg bei Demonstrationen der Linken seit über 5 Jahren nicht mehr gegeben hat. Er wurde nicht in der gleichen Nacht freigelassen, sondern am nächsten Tag dem Haftrichter vorgeführt. Kazrounian befindet sich noch in Haft. Ein erster Haftprüfungstermin wird voraussichtlich erst in dieser Woche stattfinden. Der Antifaschist soll angeblich eine gefährliche Körperverletzung begangen haben. Seiner Anwältin wurde allerdings bisher keine Akteneinsicht gewährt, so dass nicht geklärt ist, worauf diese Vorwürfe beruhen.

Die Linke. in Hamburg, sowie die Rote Hilfe und weitere Solidaritätsgruppen, bezeichnen das Vorgehen der Behörden als nicht hinnehmbar und völlig unverhältnismäßig und fordern die sofortige Freilassung Kazrounians. „Immer wieder werden bei antifaschistischen Demonstrationen diejenigen kriminalisiert, die sich gegen die menschenverachtende Praxis der Nazis wehren. Die Hamburger ‚Sicherheitsbehörden' profilieren sich in letzter Zeit durch, aus menschenrechtlicher Sicht, immer besorgniserregendere Vorgehensweisen", kommentiert Dirk Prösdorf vom Vorstand der Linkspartei.PDS Hamburg den Vorfall. Kaweh Kazrounian, z.Zt. Untersuchungsgefängnis, Holstenglacis 3, 20355 Hamburg freut sich über Post in Englisch oder Holländisch. *kun* ■

Bundeswehrverband wirbt für rechtsextreme Bücher

BERLIN. Der Deutsche Bundeswehrverband wirbt in der Oktober-Ausgabe seiner Zeitschrift „Die Bundeswehr" für zwei Bücher rechtsextremer Autoren: das von Ex-General Reinhard Günzel mitherausgegebene Buch „Geheime Krieger. Drei deutsche Kommandoverbände im Bild. KSK – Brandenburger – GSG 9" sowie das von Heinz Magenheimer herausgegebene Buch „Kriegsziele und Strategien der großen Mächte 1939-45."

Reinhard Günzel war Kommandeur des Kommandos Spezialkräfte und hatte von seiner Truppe „Disziplin wie bei der Waffen-SS" gefordert. Weil er die antisemitische „Tätervolk"-Rede des damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Hohmann gelobt hatte, wurde er im Jahr 2003 entlassen. Seither schreibt er für neofaschistische Blätter wie die „Deutsche Militärzeitschrift" und „Soldat im Volk." In seinem Buch, das er zusammen mit zwei anderen Autoren veröffentlicht hat, fordert er, Wehrmachtseinheiten sollten der Bundeswehr als Vorbild dienen. „Das Buch ist als erste Information über die drei Kommandoverbände gut geeignet", wirbt „Die Bundeswehr" für das rechte Machwerk. Günzel sei ein „kritischer Geist".

Heinz Magenheimer ist bekannt als Anhänger „revisionistischer" Kriegsschuldthesen und bestreitet die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg. „Die Bundeswehr" macht sich seine Sicht zu eigen und schreibt, Deutschland habe vor einem „Dilemma" gestanden: „Im Westen wartete Großbritannien mit der Schutzmacht USA im Rücken, im Osten lauerte die unberechenbare Sowjetunion." Beide Werke stammen aus rechtsextremen Verlagen: Günzels Buch vertreibt der „Pour-le-Mérite"-Verlag, Magenheims Buch der Osning-Verlag. Der Deutsche Bundeswehrverband hat über 200.000 Mitglieder und erfreut sich guter Kontakte zu Bundeswehr und Bundesregierung. Es ist unerträglich, dass der Verband eine solche Werbung für rechtsextreme Positionen zulässt. Damit widerspricht er auch den geltenden Traditionsrichtlinien. Ich erwarte, dass der Verbandsvorstand sich eindeutig von den verantwortlichen Mitarbeitern distanziert. Ansonsten muss die Bundesregierung Konsequenzen ziehen. Die Linksfraktion wird eine Kleine Anfrage in den Bundestag einbringen.

Pressemitteilung Ulla Jelpke, MdB ■

Vom Pfeifen im Walde

SACHSEN. Fast auf halbem Weg zwischen Stollberg und Annaberg-Buchholz liegt Thum. Auch Chemnitz ist nicht weit. Man will ja schließlich nicht, dass die Mitglieder zu weite Anreisewege haben. Eigentlich handelte es sich am 22. Oktober ja um einen Landesparteitag der sächsischen REPublikaner, doch konzentriert sich das Gros der wenigen verbliebenen Mitglieder in Sachsen auf den Chemnitzer Raum. In der Stadt selbst ist die zur extremen Rechten zu zählende Partei mit Fraktionsstärke im Rat vertreten, in Burkhardtsdorf im Nachbarkreis Stollberg sitzt sie im Gemeinderat. Knapp 20 Getreue dürften sich noch dem einstmals stärksten ostdeutschen Landesverband der REPs zugehörig fühlen. Der Kreisverband Kamenz hat sich unlängst aufgelöst.

Doch trotzig tönt es aus Thum: „Republikaner geben niemals auf!" Auch dann nicht, wenn zur Durchführung eines Landesparteitages das Hinterzimmer einer Vereinskneipe völlig ausreicht. Es habe sich gar, so die REPs in eitler Selbstüberschätzung, um ein „Fanal aus Chemnitz" gehandelt. Nun, das Fanal wurde jedenfalls öffentlich kaum registriert. Dass die Partei ankündigt, bei den Landtagswahlen 2009 „wieder dem Bürger als Wahl-alternative zur Verfügung" stehen zu wollen, wird wohl keinem politischen Gegner Kopfschmerzen bereiten. Vielmehr werden diese sich wohl fragen, wer denn der eine Bürger sein mag, den die REPs erreichen wollen. Die sächsischen REPs sind optimistischer, denn selbstbewusst verkünden sie: „Keine der im Landtag vertretenen Parteien hat das Programm und die Kompetenz, die Dinge anzupacken, die den Bürgern wirklich wichtig sind." Das nach außen zur Schau gestellte Selbstbewusstsein dürfte in Wirklichkeit das berühmte Pfeifen im Walde sein.

Ein Trost allerdings bleibt den REPs in Sachsen: tiefer können sie nicht mehr sinken. Fehlschlag folgte in den vergangenen Jahren auf Fehlschlag. Die langjährige Landesvorsitzende Kerstin Lorenz verhinderte zunächst, dass die REPs zur letzten Landtagswahl antreten konnten und trat anschließend selbst zur NPD über. Ihr folgte im Amt Martin Kohlmann nach, Mitglied des Parteivorstands und Fraktionsvorsitzender im Chemnitzer Stadtrat. Der Jurist war selbst in Konflikt mit der Staatsanwaltschaft geraten, die gegen ihn wegen Verdachts der Urkundenfälschung ermittelte. Kohlmann verließ die Partei. Angezeigt hatte ihn ausgerechnet sein Nachfolger als Landesvorsitzender, der Zwickauer Mario Heinz, der von Kohlmann im Gegenzug indirekt verdächtigt wurde, für das Landesamt für Verfassungsschutz tätig zu sein. Inzwischen hat es Mario Heinz selbst erwischt. Wegen „nationalistischer und ausländerfeindlicher Tendenzen" ist er gemeinsam mit dem Schriftführer im Landesvorstand, Peter Grüning (Chemnitz), aus der Partei ausgetreten.

Das „Fanal aus Chemnitz" sollte es angeblich sein, die Farce aus Thum wurde es stattdessen. Doch welche andere Partei kann schon von sich behaupten, dass die Hälfte des Landesverbandes zugleich dem Landesvorstand angehört. Neun Personen sind es, die den „Neuanfang" mit dem „Ziel der Restrukturierung und Reorganisation" wagen wollen. An der Spitze steht nunmehr Matthias Seifert, ein Fliesenleger aus Burkhardtsdorf. Sein Stellvertreter ist Michael Haubold, ein Friedhofsverwalter aus Chemnitz. Ihn hatten die Abtrünnigen Heinz und Grüning eigentlich als neuen Landeschef gesehen. Im Austrittschreiben hieß es gallig: „Der nun sicher zum Landesvorsitzenden mutierende Haubold als Marionette des DSU-Burschenschaftlers und rechten Politclowns Kohlmann ist im vaterländischen, leeren Phrasendreschen ein gelehriger Schüler seines Meisters Schlierer." Auch das hat Tradition bei den REPs. Denen, die gegangen sind, schmeißt man den Dreck in Kübeln hinterher. Wäre man wohlmeinend zu dieser Persiflage einer Partei, müsste man dem Führungspersonal auch in dieser Hinsicht Zurückhaltung empfehlen. Die Halbwertzeit der Landesvorsitzenden in Sachsen ist kurz. *vow* ■

„Pro Köln“ versucht mitzumischen

Demonstration gegen den Junkie-Bund in Köln-Humboldt-Gremberg

Köln. Am 21. Oktober haben ca. 300 bis 400 Menschen aus Kalk und Humboldt-Gremberg für die Schließung der Junkie-Bund-Vereinsräume in der Taunusstraße demonstriert. Aufgerufen hatte der Bürgerverein Humboldt-Gremberg.

Der Bürgerverein ist im Stadtteil unter der deutschstämmigen Bevölkerung recht gut verankert. Politisch ist er bürgerlich-rechts dominiert (CDU/FDP-Spektrum). Gute Verbindungen gibt es zu einigen Schulen und Kindergärten im Viertel. So hat die Schulpflegschaft (eine Organisation der Eltern an der Schule) der Grundschule Westerwaldstraße die Demonstration unterstützt und den Kindern einen Aufruf für die Eltern mit nach Hause mitgegeben, inklusive Formular

für die Rückmeldung der Teilnahme. Weiterhin haben die Leitungen der Hauptschule Hachenburger Straße und des Kindergartens Burgenlandstraße die Demonstration unterstützt.

Nach unseren Gesprächen in den letzten Tagen ist uns klar geworden, dass das Problem der in Parks und auf Spielplätzen herumliegenden gebrauchten Spritzen wirklich massiv ist – trotz der Bemühungen des Junkiebundes mit Spritzentausch und täglichen Einsammeltouren. So ist zu erklären, dass sich an dem Freitag um 15 Uhr vor der Grundschule Westerwaldstraße neben älteren deutschen EinwohnerInnen und Vertretern von Parteien vor allem viele Eltern mit ihren kleinen Kindern eingefunden hatten – darunter viele MigrantInnnen türkischer, arabischer und italienischer Herkunft. Die Stimmung war sehr aufgeheizt und kämpferisch. Auf einem Flugblatt haben die VeranstalterInnen ihre Forderungen zusammengefasst:

- „Das Maß ist voll, Humboldt-Gremberg soll kein Ghetto werden.
- Wir wollen keine Drogen, wir wollen keine Dealer, wir wollen keine Hehler.
- Wir wollen keine Spritzen. Die Stadt Köln und die Politik muss endlich handeln.
- Wir fordern die sofortige Schließung eines Betriebes des Junkie-Bundes in der Taunusstraße.“

Die „Bürgerbewegung“ Pro Köln hatte in üblicher Praxis auf ihrer Webseite zu der Demo aufgerufen und ausführlich berichtet. Es ist unklar, inwieweit Sympathisanten oder Mitglieder von „Pro Köln“ im Bürgerverein oder dessen Umfeld aktiv sind. Deutlich war, dass die LeiterInnen der Demonstration sich sehr bestimmt von Rassismus und „Pro Köln“ abgrenzen wollten. Es wurden die Gelbe-Hand-Aufkleber „Mach meinen Kumpel nicht an“ verteilt. Auch wurde versucht, die anwesenden ca. 10 „Pro-Köln“-Leute (mit kompletter Ratsfraktion) von der Demonstration auszuschließen. Die Auskunft der Polizei, dass dies rechtlich nicht möglich sei, wurde aber hingenommen und Manfred Rouhs und Co. liefen dann „in Zivil“ mitten in der Menge mit.

Die äußerliche Abgrenzung des Bürgervereins von „Pro Köln“ habe ich hier betont. Genauso wichtig ist jedoch die Betonung der inhaltlichen Nähe. Der Aufruf des Bürgervereins ist in Sprache und Inhalt dem von „Pro Köln“ sehr nahe in seinem kämpferischen Rechtspopulismus. Das gemeinsame zentrale Nahziel ist trotz aller Verständnisrhetorik die Vertreibung des Junkie-Bundes und damit der Junkies aus dem Stadtteil – egal wohin.

Kritische Menschen hatten zu einer Solidarisierung mit dem Junkie-Bund und zum Protest gegen die Demonstration aufgerufen.

In den Tagen vorher wurden bereits ein Gegenaufklärungsflugblatt der Ratsfraktion „Die Linke.PDS“ („Gemeinsame Lösungswege zur Drogenproblematik suchen – Rassistische Hetze nicht zulassen und aktiv verhindern!“) sowie ein Flyer des Antifa AK gegen „Pro Köln“ im Viertel verteilt.

Um die 50 zum großen Teil schon äußerlich als aus der Linken erkennbare Menschen (Dresscode) waren gekommen. Die Auftaktkundgebung wurde besucht, um das Gespräch zu suchen und einen eigenen Flyer zu verteilen. Dieser klärt über die Arbeit des Junkie-Bundes auf und schließt mit den Worten: „Die Herangehensweise der ‚Bürgerinitiative Humboldt-Gremberg‘ und ‚pro Köln‘ ist nicht an einer Lösung im Stadtviertel interessiert, sondern will Probleme abschieben. Nach dem Motto: Aus den Augen aus dem Sinn‘. Lassen Sie sich nicht von rechtsextremen und reaktionären Kräften, die jeden Dialog ablehnen, instrumentalisieren! Nehmen Sie nicht an der Demonstration von ‚pro Köln‘ und der Bürgerinitiative teil, sondern solidarisieren Sie sich mit dem Junkie Bund Köln e.V.! Lassen Sie uns im Gespräch bleiben!“

„Pro Köln“mischt sich unter die Demonstrierenden

Anschließend gab es eine symbolische Schutzwache vor den Räumen des (an dem Nachmittag geschlossenen) Junkie-Bundes und lautstarke Kritik bei der Abschlusskundgebung an Kalk-Post – begleitet von einem deutlichen Polizeiaufgebot.

In der breiteren Masse haben die GegendemonstrantInnen wenig Gehör mit ihren Forderungen für eine menschliche Drogenpolitik und gegen Vertreibung und Ausgrenzung der Junkies gefunden. Es gab aber am Rande des Spektakels eine ganze Reihe guter Gespräche mit kritischen Menschen aus dem Viertel – darunter auch einige Eltern mit kleinen Kindern, die sich trotz eigener Betroffenheit durch das Spritzenproblem nicht vor den Karren des Bürgervereins spannen lassen.

Ulf Petersen ■

Wulff-Ehrung mit äußerst schalem Beigeschmack

Mittelstandspreis wurde dem Regierungschef von Organisation mit Rechts-Kontakten verliehen/Auch Wulffs Finanzminister pflegt bedenkliche Kontakte

von Peter Riggers

Eine modernere Verwaltung und der gestoppte Marsch in den Schulden-Staat – so begründet der Bund der Selbstständigen (BDS) Nordrhein-Westfalen, warum sein diesjähriger Mittelstandspreis an Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff gegangen ist. Doch diese Auszeichnung, die im ostfriesischen Norddeich verliehen wurde, rückt den Regierungschef und stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden in ein dubioses Licht. Schließlich steht der BDS Nordrhein-Westfalen immer wieder in der Kritik: Seine Grenzen zu ultrarechten Kreisen sind allzu durchlässig.

Den angeblich mittlerweile zurückgetretenen stellvertretenden BDS-Landesvorsitzenden Martin Hohmann kennt man eher als CDU-Bundestagsabgeordneten, der 2003 aus seiner Fraktion und später auch aus der Wulff-Partei ausgeschlossen worden war. Während einer Rede zum Tag der Deutschen Einheit hatte der Politiker Juden indirekt „Tätervolk“ genannt.

Gegen den drohenden Ausschluss aus Fraktion und Partei hatten zahlreiche politische Freunde des Abgeordneten protestiert - so etwa in Form von Solidaritätsadressen, die in überregionalen Tageszeitungen wie der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ abgedruckt worden waren. Zu den Unterzeichnern zählten unter anderem der BDS-Landesvorsitzende Hans Peter Murmann und der Verleger des nordrhein-westfälischen BDS-Magazins „Der Selbstständige/DS-Magazin“, Wolfgang Reschke.

1996 hatte der derartig verteidigte Martin Hohmann im Schulterschluss mit einer Reihe von Gleichgesinnten das rechte Netzwerk „Stimme der Mehrheit“ ins Leben gerufen. Das war ursprünglich direkt beim BDS in Nordrhein-Westfalen angesiedelt. Hier tummelten und tummeln sich manche Herrschaften, die in der rechten Szene Rang und Namen haben. Professor Wolfgang Gessenharter von der Universität der Bundeswehr in Hamburg sprach deshalb von einem „Scharnier zwischen Konservativismus und Rechtsextremismus“.

Einer der Gründungsväter des Netzwerkes: BDS-Landeschef Murmann. Maßgeblich beteiligt war ebenso der BDS-Landesgeschäftsführer Joachim Schäfer, ein gelegentlicher Autor der weit rechts angesiedelten Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Auf die hatte lange Zeit der Verfassungsschutz seines Bundeslandes ein Auge geworfen. Viele andere Autoren der „Jungen Freiheit“ waren oder sind übrigens Mitarbeiter des nordrhein-westfälischen BDS-Periodikums „Der Selbstständige/DS-Magazin“, als dessen Chefredakteur Joachim Schäfer fungiert. Sowohl Murmann als auch Schäfer waren bei der Preisübergabe in Norddeich dabei. Die Laudatio auf Christian Wulff hielt der ehemalige Präsident des Europäischen Rechnungshofes und Mitglied des BVMU-Kuratoriums Professor Dr. Bernhard Friedmann. Parallel zu Wulff erhielt der konservative Journalist Hugo Müller-Vogg, unter anderem Kolumnist der „Bild“-Zeitung, den Mittelstandspreis. Für die Lobworte auf ihn war BVMU-Kuratoriumssprecher Friedhelm Ost, ehemaliger Staatssekretär und Regierungssprecher unter Helmot Kohl, zuständig. Früher saß Ost für die CDU im Bundestag, war Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses.

Den Ministerpräsidenten lassen die Ultrarechts-Kontakte des BDS Nordrhein-Westfalen recht kalt. In einem Statement der Staatskanzlei hieß es im Vorfeld, er fühle sich „sehr geehrt, den Mittelstandspreis verliehen zu bekommen – das bedeutet, dass die Anstrengungen, die wir in Niedersachsen für die kleinen und mittleren Betriebe unternehmen, auch gesehen werden“. Die „antisemitischen Äußerungen“ von Martin Hohmann lehne er „eindeutig“ ab und habe sich von ihnen „immer klar distanziert“.

BDS-Mitarbeiter Hamer kooperiert mit Holocaust-Leugner

Der – undotierte – Mittelstandspreis wird alle drei Jahre vom BDS Nordrhein-Westfalen und seiner Tochterorganisation, der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer (BVMU) verliehen. Vorherige Preisträger waren zum Beispiel der bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und die ehemaligen Länderregierungschefs Dr. Lothar Späth und Professor Dr. Kurt Biedenkopf.

Um ein Haar wäre Christian Wulff bei der feierlichen Preisübergabe dem bekannten Mittelstandsforscher Professor Dr. Eberhard Hamer über den Weg gelaufen, der früher gleichermaßen mit dem Mittelstandspreis dekoriert wurde. Hamer wirkt als Fachredakteur des Organs „Der Selbstständige/DS-Magazin“. Im Hauptberuf leitet Hamer das Mittelstandsinstitut Niedersachsen, in dem auch der nordrhein-westfälische BDS Mitglied ist, und er präsidiert bei der Deutschen Mittelstandsstiftung.

Was sich auf den ersten Blick so honorig anhört, ist nicht frei von Makel: Bundesverdienstkreuz-Träger Hamer - übrigens auch einer der Begründer der „Stimme der Mehrheit“ - veröffentlichte 2005 das Buch „Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen?“ Für dieses Werk, das im Magazin „Der „Selbstständige/DS-Magazin“ erst unlängst positiv besprochen wurde, griffen als Co-Autoren Ex-Brigadegeneral Reinhard Uhle-Wettler und der Österreicher Gerhoch Reisegger zur Tastatur. Der eine, Uhle-Wettler, verfasste 1998 für den rechtsradikalen Arndt-Verlag eine Festschrift zu Ehren des berüchtigten Holocaust-Leugners David Irving. Heute führt Uhle-Wettler die weit rechts angesiedelte „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft“ (SWG).

Den anderen Autor, Gerhoch Reisegger, nennt das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz „einen der bekanntesten Vertreter rechtsextremistischer Verschwörungstherorien“. Unternehmensberater Reisegger beschränkt sich jedoch nicht auf das Schreiben. Nach Informationen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) in Wien trat er 2002 auf einer internationalen Konferenz von Holocaust-Leugnern in Moskau auf. Zweieinhalb Jahre später kam er mit Vertretern des rechtsterroristischen „Kampfbundes Deutscher Sozialisten“ zusammen, so das DÖW.

Von diesem Hintergrund Reiseggers habe er nichts gewusst, beteuert Professor Hamer auf Anfrage. Er habe den Österreicher lediglich um einen Aufsatz zu einem bestimmten Thema gebeten; das sei alles gewesen.

Ahnungslos zeigt sich auch der niedersächsische Finanzminister Hartmut Möllring, als er mit Hamers Mitarbeitern konfrontiert wird. Die müssten ihn interessieren, denn das Kabinettsmitglied pflegt ebenfalls Verbindungen zu dem mittelstandsfreundlichen Professor aus Hannover. 2002 moderierte Minister Möllring, damals noch stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, eine Arbeitsgruppe zum Thema „öffentliche Finanzen“ - eine von mehreren AGs, deren Ergebnisse das Buch „Was passiert, wenn der Crash kommt?“ füllen (Herausgeber: Professor Hamer). Dieses Werk ist in mittlerweile achter Auflage im Olzog-Verlag erschienen, in dem auch die aktuelle Wulff-Biographie „Der Marathon-Mann“ verlegt wurde.

Für Ex-Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof ist der Olzog-Verlag ebenfalls die publizistische Heimat: Von dort wird sein umstrittenes Buch „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“ verbreitet. 1996 war der ranghohe Militär, zuletzt Territorialer Befehlshaber für Niedersachsen und Bremen, in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden: Er hatte heftige Schelte an einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts geübt und es mit dem Volksgerichtshof der Nazis verglichen. Neben Hartmut Möllring, Reinhard Uhle-Wettler und an- →

VVN-BdA NRW feierte 60. Jahrestag ihrer Gründung

www.arbeiterfotografie.com

DÜSSELDORF. 350 Gäste begrüßte der Landessprecher der VVN-BdA NRW Jupp Angenfort zur Geburtstagsfeier des Verbandes am 28.10.06 im Savoy-Theater in Düsseldorf. Unter den vielen Gästen konnte auch eine Vertretung des Verdi-Bezirksvorstandes, Karl Stiffel von der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges und die Linksfraktions-Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen (Duisburg) begrüßt werden.

Zum Thema „Von der Zukunft des Antifaschismus“ fand zunächst eine Diskussion zwischen Jupp Angenfort, ehemals Nationalkomitee Freies Deutschland, Landessprecher VVN-BdA NRW, Dr. Hans Coppi, Hinterbliebener der „Roten Kapelle“, Historiker, Vorsitzender VVN-BdA Berlin, Henny Dreifuss, ehemalige Résistance-Kämpferin, Düsseldorf, Gerhard Leo, ehemaliger Résistance-Kämpfer, VVN-Mitglied seit der Gründung, Publizist, Dr. Ulrich Schneider, Historiker, Generalsekretär der Föderation des Internationalen Widerstandes FIR, und Annika Roland (Essen), Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) statt. Im sich anschließenden Kulturprogramm rezitierte der Schauspieler Andreas Weißert aus Dortmund aus Flugblättern der Weißen Rose und des jungen Antifaschisten Hüblein, begleitet von Frank Baier (Duisburg), der danach noch vor allem mit einem Rap von seiner neuen CD „März 1920“ begeisterte. Rolly Brings und Freunde (Köln) beschlossen das Programm mit Liedern aus den vielen Jahren ihres Engagements gegen Rassismus und neue Nazis.

Hier Ausschnitte aus der Rede von Jupp Angenfort:

„Vor 60 Jahren, am 26. 10. 1946, wurde hier in Düsseldorf die erste Gründung eines Landesverbandes der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes vollzogen. 500 Delegierte der 50.000 überlebenden Naziopfer aus NRW waren dabei. Die Überlieferung besagt, sie hätten ursprünglich einen ‚Kampfbund gegen den Faschismus‘ gründen wollen. Der bekam dann aber auf westalliiertes Geheiß den Namen VVN. Längst wissen wir, dass die VVN immer ein Kampfbund gegen den Faschismus war und blieb – und als solcher für lange Zeit notwendig bleibt. Daher wollen wir bei der Geburtstagsfeier über das Thema „Von der Zukunft des Antifaschismus“ sprechen.

Man könnte sagen, dass das eine zwiespältige Formulierung ist. Denn wo der Antifaschismus eine Zukunft hat, da gibt es auch den Faschismus. Es ist wahr, die Nazis und Neonazis werden uns noch lange beschäftigen, die Demokratie wird noch viele Kämpfe zu ihrer Verteidigung erfordern. Dennoch beinhaltet die Zukunft des Antifaschismus auch ein – wie man heute so sagt – konstruktives positives Projekt. Der Entwurf für die Zukunft muss anknüpfen an das antifaschistische Vermächtnis des Widerstandes sowie der Männer und Frauen der ersten Stunde. Bei Gründung der VVN waren sie sich einig:

Sie haben damals die »vier Ds« zu ihrem Sofortprogramm gemacht, und daran wollen wir anknüpfen: Sie forderten

- Denazifizierung, Verbot der Naziparteien und -organisationen für alle Zeit.
- Demilitarisierung, Abrüstung, Frieden.
- Demonopolisierung – also Enteignung und Vergesellschaften des großen ökonomischen Eigentums und schließlich
- die Demokratisierung der Gesellschaft.

Die vier Ds waren für sie untrennbar, dafür haben sie gewirkt. Dafür stand auch die Gewerkschaftsbewegung. Und dafür stehen wir heute und in Zukunft.

Seit 60 Jahren führt die VVN NRW die Auseinandersetzung mit Alt- und Neofaschisten, setzt sie sich ein für Demokratie, Frieden und Völkerverständigung, gegen Rassismus, für die Entschädigung und soziale Betreuung der NS-Opfer und für eine antifaschistische Gedenk- und Erinnerungsarbeit.

Ihre antifaschistischen und antimilitaristischen Aktivitäten sind Bestandteil der politischen Kultur des Landes geworden.

… Wie wir wissen, wurde dem deutschen Faschismus vor über 75 Jahren der Weg an die Macht bereitet vom reaktionären Konservatismus und Militarismus sowie von bestimmten ökonomischen Eliten. Diese drei politischen Strömungen sind noch immer sehr mächtig. Und daher gilt: Der antifaschistische Kampf geht weiter. Er muss vor allem weitergehen in gemeinsamem Handeln aller Antifaschisten und Demokraten. Er wird besser weitergehen, wenn mehr Menschen Mitglieder der VVN-BdA werden und den organisierten Antifaschismus stärken.

1945 schworen die befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald auf dem Appellplatz: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Aber der Nazismus wurde nicht mit seinen Wurzeln ausgerottet. Hitlers Schatten verdunkelt unsere Gegenwart und Zukunft, wenn wir nicht auch diesen Satz des Schwurs von Buchenwald beherzigen: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht.“

Und wenn die Mörder nicht mehr leben, dann gilt es, die Strukturen anzuklagen und anzugreifen, die Reaktion und Krieg immer wieder gebären. Das sind wir den Opfern des Faschismus schuldig. Das sind wir aber auch unseren Kindern und Enkelkindern schuldig, denen wir eine friedliche freundliche Welt bereiten wollen.“ ■

→ deren arbeitete auch Gerd Schultze-Rhonhof an dem Hamer-Buch „Was passiert, wenn der Crash kommt?“ mit.

Er habe einmal eine Arbeitsgruppe für das „Crash“-Buch geleitet, räumt Minister Möllring ein. Ansonsten habe er nicht viel mit Professor Hamer zu tun. Von einer Mitarbeit an dem Buch mag er sich jedoch nicht distanzieren.

Das alles findet der SPD-Landtagsabgeordnete Hans-Dieter Haase „mehr als dubios und aufklärungsbedürftig“. Gerade angesichts jüngster Erfolge rechtsradikaler Parteien bei Wahlen müsse sich der Ministerpräsident deutlich von solchen Kreisen abgrenzen, „die offensichtlich am rechten Rand stehen“. Er sehe verstärkten Aufklärungsbedarf auch im Hinblick auf die langjährigen Kontakte von Finanzminister Hartmut Möllring, so das Vorstandsmitglied seiner Fraktion. Ein parlamentarisches Nachspiel schließt der Sozialdemokrat aus Emden nicht aus. ■

Brauner Erntedank

DÜREN. Am 21. Oktober demonstrierten in Düren 180 besorgte Bürgerinnen und Bürger gegen ein Erntedankfest der rechtsextremen Kameradschaft Aachener Land und der NPD in der Gaststätte „Gütershop“ in Düren. Das jährlich stattfindende Erntedankfest zählt neben dem „Heldengedenken“ auf dem Soldatenfriedhof in Düren-Vossenack zu den regelmäßigen Veranstaltungen der vereinigten Naziszene. Ständiger Veranstaltungsort für die Feste der Nazis ist das Lokal „Gütershop“ in der Arnoldsweilerstraße. Im „Gütershop“ fand Ende Juli ein Sommerfest der NPD mit ca. 130 Personen statt und Anfang September ein Balladenabend gleicher Größe mit neonazistischen Liedermachern aus Sachsen und Wilhelmshaven. Gleichzeitig organisierte die NPD in diesem Zeitraum an mindestens drei Samstagen einen Informationsstand mit großem Aufgebot im Dürener Stadtzentrum.

Zum diesjährigen Erntedankfest, das beim Ordnungsamt der Stadt Düren unter der Firmierung „Oktoberfest“ und „geschlossene Veranstaltung angemeldet wurde, erwarteten die KAL und die NPD, wie auf allen vorangegangenen Festen auch, tatkräftige Unterstützung aus ganz NRW und einigen befreundeten faschistischen Gruppen aus Belgien, den Niederlanden und England.

In der Zeit, in der die Wiking-Jugend noch legal war, organisierte sie diese Feste, die zwar einen kirchlichen Ursprung haben (Das Erntedankfest wird in vielen Ländern und von mehreren Religionen gefeiert, um sich bei Gott für die Ernte zu bedanken.) und keinesfalls ein Heidnisches Fest ist, gilt es bei den Boneheads und ihren Kameraden einfach nur als altgermanischer Brauch. Das Erntedankfest der KAL führt die Tradition und die Aktivitäten der 1994 verbotenen Wiking-Jugend in direkter Folge fort. Das darf einen nicht wundern, wurde die KAL doch auf dem Anwesen des ehemaligen Bundesführers der Wiking-Jugend, Wolfgang Nahrath in Stolberg-Büsbach gegründet. Das Privathaus der Familie Nahrath war lange Jahre Sitz der Bundeszentrale der Wiking-Jugend.

Damit es den Nazis in Düren nicht zu gut gefällt, schloss sich kurzfristig ein breites politisches Bündnis gegen Rechtsextremismus zusammen, um den braunen Spuk im „Gütershop“ zu beenden und den dort anwesenden 100 Kameraden zu zeigen, dass die ruhige Zeit nun endgültig vorbei ist.

Um 18:15 Uhr setzte sich der Demonstrationszug vom Bahnhofsvorplatz in Richtung Arnoldsweilerstraße in Bewegung. Neben der Dürener Antifa beteiligten sich empörte Bürgerinnen und Bürgern, örtliche Politiker aus DGB, Linke.PDS, SPD, Grüne, DKP sowie die VVN-BdA und zogen vor den Versammlungsort der Faschisten. Von weitem sah man die hinter den Hofmauern der Eckkneipe „Gütershop“ NPD-Fahnen schwenkenden „Erntedankfest-Besucher“. Auf den Mauern standen Skinheads in betont bedrohlicher Pose und filmten die Kundgebung des Bündnisses gegen Rechts: sammelten ungestört Material für ihre Anti-Antifa Datei. Das Lokal wurde weiträumig mit Absperrgittern umzäunt und von einem massiven Polizeiaufgebot geschützt.

Auf der einstündigen Kundgebung vor dem Lokal wurde von den Rednern vor allem betont, dass die Sicherheitsbehörden und die Politik das Problem unter den Tisch kehren wollen und das ernste Problem der immer offener und aggressiver agierenden Nazis in Düren zu lange verharmlost haben.

Während des Verlaufs der Kundgebung kam es zu einem Eklat. Als Ingo Haller, Vorsitzender der örtlichen NPD, durch die Demonstranten in den Versammlungsort geführt wurde, kam es zu Tumulten zwischen Teilen der Kundgebung und der Polizei. Die Polizei sicherte dem kahl geschorenen Anzugträger den Zugang zum Lokal, indem sie die etwa 20 Antifaschistinnen und Antifaschisten abdrängte, die den Zugang blockierten. Im Zuge dieser „Abdrängung“ kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, sie endeten in der Auflösung der Demonstration durch die Veranstalter.

jew ■

Es soll kein Gras darüber wachsen!

Mahnwache zur Reichspogromnacht und praktizierte Erinnerungsarbeit am Joseph-Carlebach-Platz

HAMBURG. Am 23.10.2003 ging es los. Schülerinnen und Schüler der Schule Charlottenburger trafen sich am Bahnhof Stephansplatz, um gemeinsam zum Joseph-Carlebach-Platz zu gehen. Hier stand bis zum 9./10. November 1938 die Synagoge der Hamburger jüdischen Gemeinde. Fast 65 Jahre später stehen die Jugendlichen auf dem Platz, um ein Mahnmal zu pflegen. Das Mahnmal steht zum Gedenken an die Pogromnacht, in der vom 9. bis 10. November 1938 die Nationalsozialisten diese geweihte Stätte zu einem Schauplatz der Judenverfolgung machten. Die Synagoge wurde in Brand gesteckt und schwer beschädigt. Die Mitbürger jüdischen Glaubens mussten den Abbau der Ruine selbst bezahlen. Heute ist auf dem Platz nur noch der Umriss der Synagoge zu erkennen.

Die Stadt hatte schon vor Jahren die Kosten für die Reinigung des Platzes nicht mehr übernommen, der Platz war daraufhin zusehends verkommen. Den Anstoß, den Platz angemessen zu pflegen, gab die Bürgerinitiative Grindelhof. Das Hamburger Abendblatt berichtete über den unwürdigen Zustand des Platzes und der Arbeiter-Samariter-Bund mit dem Projekt „Sozial macht Schule“ übernahm – nach Rücksprache mit dem ehemaligen Schulleiter der Schule Charlottenburger Straße sowie den Schülerinnen der damaligen zehnten Klasse – die Patenschaft über die regelmäßige sorgfältige Pflege. Eine seltene Konstellation, in welcher der Ausfall kommunaler Verantwortung in Eigeninitiative tatsächlich „besser“ aufgehoben werden konnte. Seitdem wird die „symbolische Schaufel“ immer im Frühjahr an die nachfolgende Klasse übergeben und ermöglicht vielen Menschen, einen persönlichen Bezug zum Gedenken zu entwickeln.

Dort, wo früher die Synagoge stand, gedenkt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes auf ihrer Mahnwache anlässlich des 68. Jahrestages der Reichspogromnacht diesmal nicht nur der staatlich angeordneten Verhaftungen der jüdischen Bevölkerung, der Zerstörung ihrer Gebetsstätten, ihrer Geschäfte, ihrer totalen Ausgrenzung aus dem bürgerlichen Leben, sondern besonders der in Abständen folgenden Aktionen ihrer Ermordung. Dazu gehören die Deportationen in die Vernichtungslager in den Waggons der deutschen Reichsbahn zuerst in Personenwagen, später in Viehwaggons. Es sind in etwa 8000 Hamburger Juden nach Lodz, Minsk, Riga, Auschwitz und Theresienstadt von Hamburger Bahnhöfen deportiert und ermordet worden. Darunter waren Hunderte Kinder – allein 350 namentlich bekannte Schulkinder. In Hamburg erinnern wir den grausamen Transport der bekannten 20 „Kinder vom Bullenhuserdamm“, die 1944 von Auschwitz nach Hamburg in das KZ Neuengamme deportiert und am 20. April 1945 in der Schule am Bullenhuserdamm ermordet wurden. Diese Todestransporte gingen alle über das Schienennetz der deutschen Reichsbahn. Darüber, so die Initiatorin der Kundgebung, Steffi Wittenberg vom Landesvorstand der VVN-BdA, schließe sich der Bogen zum Schicksal der insgesamt drei Millionen Opfer, die die Deutsche

Reichsbahn deportierte und die aus fast sämtlichen Staaten Europas während der deutschen NS-Herrschaft in Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt wurden – darunter elftausend jüdische Kinder aus Frankreich. Einige von ihnen stammten auch aus Hamburg.

Die VVN-BdA unterstützt die Initiative, die die französische Ausstellung zu diesem Thema nach Hamburg holen und auch auf dem Hamburger Hauptbahnhof zeigen möchte, dem Bahnhof, der in der Nähe des ehemaligen Hannöverischen Bahnhof liegt, der Ausgangspunkt vieler Hamburger Deportationen war. Leider gibt es dagegen hartnäckigen Widerstand der Bundesbahnleitung, die als Rechtsnachfolger der Deutschen Reichsbahn für die Genehmigung zuständig ist.

Erinnern an die Verbrechen der Nazizeit heißt, sie auch den Orten zu zeigen, wo sie begangen worden sind. Am 9. November stehen wir auf dem Platz der 1838/39 zerstörten Synagoge, die ersten Deportationen der jüdischen Hamburger über den Hannöverischen Bahnhof fanden 1941 am 25. Oktober, am 8. und 18. November und am 6. Dezember statt, ganz in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofs. Das wäre der richtige Ort für die Ausstellung und das Gedenken an die Deportationen, so wie die SNCF in Frankreich es auf ihren Bahnhöfen gehandhabt hat.

Auf der Mahnwache in Hamburg wird der Vize-Präsident der Hamburger Uni, Prof. Dr. Holger Fischer sprechen sowie Dr. Erika Hirsch, Leiterin der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule Karolinenstraße. Zum Ausklang spricht Rabbiner Bistritzky in deutscher Sprache und ein hebräisches Gebet. Allen ans Herz gelegt sei auch die anschließende Veranstaltung des Auschwitz-Komitees mit Esther und Edna Bejarano und der Gruppe Coincidence. In diesem Jahr ist als besonderer Gast Alice Riccardi-von Platen dabei, Ärztin und Psychoanalytikerin, die 1946 zusammen mit Alexander Mitscherlich den Prozess beobachtete und jetzt über „60 Jahre nach dem Nürnberger Ärzteprozess“ spricht.

Wolfram Siede ■

Donnerstag, 9. November, 15.30 - bis 16.30 Uhr, Mahnwache auf dem Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof), 19.30 Uhr, „Gegen das Vergessen - Veranstaltung des Auschwitz-Komitees“, Hörsaal 1 des DWP [frühere HWP], Von Melle-Park 9

Nach „Le Pen in Valmy...“ jetzt die Fortsetzung:

Jean-Marie Le Pen in Korsika

In der vorigen Ausgabe der AN begingen wir eine unfreiwillige ‚Hochstapelei‘: Die Überschrift des Artikels kündigte Ausführungen über „Le Pen in Valmy, Le Pen in Korsika“ an. Im Nachfolgenden war dann aber nur Jean-Marie Le Pens Versuch, am Ort der Schlacht von Valmy (1792) ein Symbol der Republik für sich ideologisch zu vereinnahmen, die Rede. Im folgenden soll es nunmehr über den ebenfalls viel beachteten Korsika-Besuch des Chefs des französischen Front National (FN) gehen. Auch er steht im Zeichen neuer ideologischer Signale, die durch den FN-Chef abgegeben wurden, ähnlich dem anlässlich des Besuchs in Valmy neu entdeckten „blikanismus“ des rechtsextremen Politikers.

Le Pen unterstützt die ‚Clandestini Corsi‘

Am 2. Oktober begann vor einem Sondergericht in Paris der Prozess gegen 12 männliche junge Erwachsene aus Korsika. Die Inselbewohner waren deshalb in der französischen Hauptstadt angeklagt worden, weil die Strafsache unter die Terrorismusdelikte eingeordnet worden war. Deshalb konnte die Pariser Justiz, die für Terrorismus-Tatbestände (mit und ohne Anführungsstriche) zuständig ist, die Angelegenheit an sich ziehen. Da die Mehrheit der Angeklagten zum Tatzeitpunkt der jeweils vorgeworfenen Handlung noch minderjährig waren, wurde ein Sonder-Jugendgericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit eingesetzt. Der älteste Angeklagte ist aktuell 31-jährig, die übrigen sind zwischen 19 und 26 Jahre alt.

Die männlichen Heranwachsenden hatten eine bis dahin unbekannte Gruppe namens „Clandestini Corsi“ (ungefähr: korsische Illegale, korsische Untergrundkämpfer) gebildet. Ihr harter Kern bestand aus circa 6 Personen, als ihre Führungsmitglieder galten insbesondere Patrick Baldacci (heute 21 Jahre alt), Loïc Breschi (20) und Rémy Feliceli (derzeit 20-jährig).

Die terroristisch agierende Kleingruppe gehörte nicht zu jenen zahlreichen bewaffneten Gruppen und Grüppchen, die in den letzten 30 Jahren auf der Mittelmeerinsel agiert haben und für die Unabhängigkeit oder Autonomie Korsikas von Frankreich kämpften, teilweise aber auch klar mafiösen Interessen dienten und etwa zu Zwecken der Eintreibung von „Revolutionssteuern“ agierten. (Vgl. zu einer ausführlicheren Darstellung und Kritik: http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2001/44/15a.htm)

Die ‚Clandestini Corsi‘ hatten sich vielmehr ausschließlich Angehörige der maghrebinischstämmigen Minderheit auf der Insel zum Ziel ihrer Anschläge auserkoren.

Zwar hat es auch bei den korsischen Nationalisten, die sich lange Zeit (jedenfalls von 1970er Jahren bis hinein in die 1990er) mehrheitlich als progressiv und Vorkämpfer für die Rechte eines vom Staat vernachlässigten Territoriums verstanden, immer wieder auch eine rassistische Komponente gegeben. 1987 zum Beispiel brachten korsische Nationalisten maghrebinische Einwanderer als angebliche Dealer um, im Namen eines ominösen „Kampfs gegen Drogen“.

Zum korsischen Nationalismus, der auf einer Abwehrhaltung gegen den die Insel politisch dominierenden und seit Jahrhunderten ökonomisch vernachlässigenden französischen Staat basiert, gehörte immer auch eine Komponente der Verhinderung der Übervölkerung Korsikas mit von außen stammenden Bevölkerungsgruppen (vor allem auch Festlandfranzosen). Die rassistische Komponente stand aber nie im Mittelpunkt oder im Vordergrund, und die seit den 1970er dominierenden korsisch-nationalistischen Strömungen – die heute zersplittert sind – begriffen sich selbst als „antikolonial“ und betonten das Bündnis mit Befreiungsbewegungen in französischen Kolonien und der „Dritten Welt“. Das verhinderte jedoch nie, dass auch eher rechte Kräfte dort aktiv wurden wie Alain Orsoni, der vor dem Beginn seiner Aktivitäten auf der Insel an der Universität Nizza in rechten bis rechtsextremen Kreisen verkehrt hatte. Und eine gewisse Abwehrhaltung gegen andere „Fremde“, und nicht nur gegen den politischen Einfluss des französischen Zentralstaats, war immer unterschwellig vorhanden. Das hat auch mit der Insellage und der Erinnerung an den Abwehrkampf (im Mittelalter) gegen arabische Piraten vom Südufer des Mittelmeers zu tun.

Die ‚Clandestini corsi‘, die ohne organisatorische Verbindung zu den korsisch-nationalistischen Gruppen und Grüppchen als eigenständige Untergrundformation entstanden, kämpften fast ausschließlich gegen maghrebinische Einwanderer.

Die Gruppe begann ihre Aktionen am 19. März 2004 mit dem Deponieren

einer Bombe im Eingang eines Wohngebäudes in Bastia, der Hauptstadt des Bezirks Nordkorsika. Diese explodierte gegen 2.25 Uhr in der Nacht, ohne jedoch die 8 Butangasflaschen, die in ihrer Nähe angebracht worden waren, in die Luft fliegen zu lassen. Deshalb richtete die Detonation nur Sachschäden an, aber die Sache hätte ungleich dramatischer ausgehen können. Der Ort des rassistisch motivierten Attentats war ein Stadtteil, der mehrheitlich einer maghrebinischstämmigen Bevölkerung als Wohnbezirk dient. Am 30. März traf ein Schreiben mit mehreren französischen Rechtschreibfehlern beim Kommissariat von Bastia ein. Darin wird „das Verhalten einer bestimmten maghrebinischen Minderheit, die eine Form von (groß)städtischer Gewalt auf unserer Insel einrichtet“ angeprangert. Ferner kündigen die ‚Clandestini Corsi‘ darin an, „alle äußeren Gemeinschaften (d.h. alle von außerhalb Korsikas stammenden Bevölkerungsgruppen, Anm. BhS)“ zu attackieren, „die versuchen, sich durchzusetzen, statt sich anzupassen“.

In den folgenden Monaten, von April bis September 2004, verübten die ‚Clandestini Corsi‘ weitere Attentate. Sie trafen das marokkanische Konsulat in Nordkorsika, ein marokkanisches Bankinstitut und die Wohnungen von Privatleuten. Am 15. und 16. November 2004 konnte eine spezielle Antiterror-Einheit der französischen Polizei einen Großteil der Gruppe in Bastia und Umgebung ausheben. Weitere Verhaftungen in dieser Sache erfolgten bis im Mai 2005. Ihr Prozess begann, wie oben ausgeführt, am 2. Oktober dieses Jahres in Paris.

Nun kommt Jean-Marie Le Pen ins Spiel. Bis dahin war der Chef des französischen Front National (FN) allem, was nach korsischem (Abwehr-)Nationalismus roch, eher eindeutig abhold. Im Namen des Kampfes für den Erhalt des französischen Nationalstaats und gegen den die staatliche Einheit bedrohenden „Separatismus“ sprach er sich für eine Politik der harten Hand auf der Mittelmeereinsel aus. Die korsischen Nationalisten ihrerseits schätzten den Chef des FN wirklich nicht, obwohl sie ihrerseits nicht immer alle und ausschließlich frei von (manchen) rassistischen Ideen waren, ohne pauschalisieren zu wollen.

In der Regel erwarteten Le Pen bei Ausflügen auf die Insel dort „Empfangskomitees“, die von korsischen Nationalisten (unter anderem jedenfalls, in anderen Fällen auch von Linkskräften) gebildet wurden und ihm ausdrücklich feindlich gesonnen waren.

Dieses Mal war alles anders. Nicht nur weil es um Rassisten ging. Auch hatte Le Pen eventuellen Demonstrationen und Protesten gegen seinen Besuch auf der Insel vorgebeugt. Bevor er am Samstag, 7. Oktober seinen Auftritt hatte – während mehrerer Stunden sprach er zu rund 50 versammelten Parteigängern auf dem Landgut des Bezirkssekretärs des FN in Nordkorsika, Robert Jacob-di-Luzie – vergewisserten er und seine Anhänger sich, dass es zu keinen Zwischenfällen oder Reibereien kommen konnte. Jean-Marie Le Pen reiste über einen kleinen Regionalflughafen ein, der in Calvi und nur rund zwei Kilomter entfernt vom Veranstaltungsort (dem Landgut) liegt.

Und was er zu sagen hatte, war in diesem Fall nicht von Feindschaft gegen bewaffnet bzw. terroristisch agierende Korsen geprägt, wie in anderen Fällen, wenn es in der Vergangenheit um „Separatisten“ ging. Anlässlich des Mittagessens mit seinen Parteigängern auf Korsika, zu dem auch einzelne lokale Journalisten und ein Kamerateam des französischen ersten Fernsehsenders TF1 zugelassen worden waren, lancierte Jean-Marie Le Pen „einen Appell an die Richter, die über die jungen Clandestini Corsi zu urteilen haben“. Ihnen gegenüber ersuchte er um Milde für ihre Taten. „Man hat die Plasticages (Anm.: Kosewort in rechten Kreisen für Anschläge, der Name rührt vom Plastiksprengstoff her) der Clandestini Corsi mit Rassismus gleichgesetzt, während es sich nur um eine Reaktion aus Verzweiflung handelte (...) von jungen Leuten, die sich weigern, ihre Kultur verschwinden zu sehen.“ Le Pen fügte hinzu, die Justiz müsse „jenseits der Staatsideologie stehen (...) der Ideologie des antirassistischen Staates, der antirassistischen Medien, dieser oder jener antirassistischen Vereinigung.“

Ideologische Wende?

Politisch und ideologisch interessant ist daran aber auch, dass Le Pen anscheinend eine Wende zur „korsischen Frage“ eingelegt hat. Es handele sich um eine „identitätspolitische Wende“ unter Einfluss seines Kabinettsdirektors Olivier Martinelli (dem Namen nach ein Korse oder korsischstämmiger Franzose), gibt die Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ vom 10. Oktober an.

Laut den Auszügen aus Le Pens Rede, die durch die FN-Wochenzeitung ‚National Hebdo‘ vom 12. Oktober 06 publiziert wurden, führte der rechtsextreme Politiker dazu u.a. aus: „Das (die laut Le Pen beklagenswerte Haltung des Staates gegenüber der Einwanderung, Anm. BhS) belegt auch das Misstrauen und sogar die Feindseligkeit der amtierenden Eliten gegenüber der korsischen Identität, wie übrigens gegenüber allen festgefügten Identitäten. Sie hebt schließlich auch die Konzeption hervor, die die führende Oligarchie sich von der Republik macht, welche (als) notwendig wurzellos, kosmopolitisch, globalisiert erscheint, im Gegensatz übrigens zu den ewigen republikanischen Idealen.“ Der FN-Chef erklärte ferner: „Seit langem spürt man an hoher Stelle den ungezähmten und instinktiven Widerstand der Insel gegen die herrschende Ideologie (...), jene, die die Traditionen, die Identitäten und Kulturen abschaffen will im Namen der Vermischung, der Freizügigkeit und des allmächtigen Konsumenten. Diese Ideologie, das ist auch, bei weitem, die jakobinische Ideologie, die die Republik pervertiert, indem sie den Menschen jeder bodenbezogenen oder kulturellen Referenz beraubt, indem sie ihn von seinen lokalen, regionalen oder nationalen Bindungen abschneidet.“

Anders als in der Vergangenheit hat Le Pen damit die lokale oder regionale «eigenständige Kultur» und Identitätsbestrebungen nicht als bedrohlich für den Nationalstaat, als im Gegensatz zu ihm und zur staatlichen Einheit stehend begriffen. Vielmehr begreift er beide als, im Sinne eines Baukastenprinzips, ineinander greifende und aufeinander aufbauende Elemente. Die FN-Spitze hatte in den vergangenen Jahrzehnten häufig die Einheit des französischen Nationalstaats gegen alle regionalen Bestrebungen verteidigt. Die intellektuelle Nouvelle Droite (Neue Rechte) hatte aber in den 1990er Jahren begonnen, auch andere Ansätze, die den „regionalen Identitäten“ freundlicher und mit mehr Sympathie entgegenblickten, einzubringen. (Vgl. dazu folgende Analyse von 1997: http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/35/26a.htm)

Ferner hat Jean-Marie Le Pen durch seinen Auftritt in Korsika sein Unternehmen der ideologischen Umdeutung der „Republik“, die er in Valmy begonnen hatte (siehe vorige Ausgabe der AN), fortgesetzt.

Nachtrag: Und das Ende vom Lied

Nachträglich lässt sich feststellen, was bei dem Prozess gegen die jungen korsischen Rassisten herausgekommen ist, die Le Pen unterstützt hatte. (Übrigens gegen den Willen und sogar die Widerstände ihrer Familien. Diese hatten erklärt: „Wir unterstützen unsere Kinder, aber nicht die Taten, die sie begangen haben“, und den „groben politischen Vereinnahmungsversuch“ zurückgewiesen.)

Am Abend des 17. Oktober fiel das Urteil. Das Gericht war weitgehend den Forderungen der Staatsanwaltschaft gefolgt. Drei der Angeklagten erhielten 7 Jahre Haft (die Staatsanwaltschaft hatte bis zu 8 Jahre gefordert, bei einem Höchststrafmaß von 20 Jahren). Drei weitere Angeklagte erhielten je 6 Jahre, und drei mal wurden 5-jährige Haftstrafen verhängt. Gegen die übrigen drei Angeklagten wurden Strafen von je 6 Monaten Haft ohne Bewährung zuzüglich 18 Monate auf Bewährung ausgesprochen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Flüchtlinge – neue EU-Richtlinie bringt Hoffnung

Flüchtlinge in Deutschland haben seit dieser Woche mehr Rechte. Das ist Folge einer EU-Richtlinie. Sie ist bisher zwar nicht in nationales Recht umgesetzt, entfaltet aber seit dem Stichtag 10. Oktober volle Rechtskraft. Die Richtlinie schreibt zum ersten Mal verbindlich fest, dass auch bedrohten Menschen, die bisher nicht von der Genfer Flüchtlingskonvention erfasst wurden, Schutz einzuräumen ist. Droht „ernsthafter Schaden“ für Leib und Leben müssen die Betroffenen ein Bleiberecht bekommen, auch wenn die Gefahr nicht wie bisher definiert vom Staat ausgeht, sondern zum Beispiel von Milizen. Asyl erhalten nun auch Menschen, die wegen ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Ausrichtung oder ihres Glaubens verfolgt werden. Frauen, die von Geschlechtsverstümmelung bedroht sind, hilft dies ebenso wie Homosexuellen, die in den Iran ausgewiesen werden sollen, oder Christen. Der Stichtag 10. Oktober beendet zudem ein Durcheinander in der deutschen Rechtsprechung. Denn in den vergangenen Jahren fällten die deutschen Verwaltungsgerichte Dutzende gegensätzliche Urteile. Während das VG Lüneburg etwa am 8. Februar eine Bindungswirkung der EU-Richtlinie bejahte, urteilte der Hessische Verwaltungsgerichtshof nur einen Tag später, religiös Verfolgte könnten vor Umsetzung der Richtlinie nicht mit deren Schutz rechnen.

Das Bundesinnenministerium in Berlin zieht als Begründung dafür, dass die Richtlinie noch nicht in deutsches Recht umgesetzt ist, die vorgezogene Bundestagswahl heran, die zu einer Pause in der Gesetzgebung geführt habe. Ein Schaden für die Flüchtlinge entstehe jedoch nicht, weil die Richtlinie seit dem Stichtag ohne Einschränkung angewendet werde. Das bestätigt auch das Amt für Migration in Nürnberg, das bei Asylanträgen nun gemäß der EU-Richtlinie verfährt.

Ein entsprechender Referentenentwurf zur Änderung des Zuwanderungsgesetzes sei bereits auf gutem Weg, heißt es in Berlin. Intern wird allerdings zugegeben, dass es weiterhin Probleme bei Details gibt, etwa bei der Regelung von Altfällen. Als problematisch sehen Menschenrechtsorganisationen auch eine Bestimmung der Richtlinie an, die eine Anerkennung als Flüchtling in Frage stellt, „wenn die Verfolgungsgefahr auf Umständen beruht, die der Antragsteller nach Verlassen des Herkunftslandes selbst geschaffen hat“. Wer sich nach seiner Flucht zu deutlich zu seinem Glauben oder seiner sexuellen Orientierung bekennt, könnte bei enger Auslegung das Recht auf Asyl verlieren.

Quelle: FR vom 12.10.2006 - fluchtliste <flucht@nds-fluerat.org ■

Leistungskürzungen für Flüchtlinge

BERLIN. In den aktuellen Verhandlungen um eine Bleiberechtsregelung und eine Ergänzung des Zuwanderungsgesetzes will die Union Sozialleistungen für Flüchtlinge drastisch kürzen. Geduldete, Asylsuchende und sogar Menschen, die eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen haben, sollen auf Dauer nur noch Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Dieses Leistungsniveau liegt fast 35 Prozent unter der Sozialhilfe. Den Vorschlag kritisiert PRO ASYL als inhuman und unnötig. „Es verstößt gegen die Menschenwürde, wenn ohne sachlichen Grund ein dauerhaftes Leben unter dem Existenzminimum erzwungen werden soll“, so PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt. Der Widerstand gegen die unbefristeten Minderleistungen aus der SPD-Fraktion sei vollauf gerechtfertigt.

Problematisch ist nicht nur die Absicht, die Kürzung des Leistungsniveaus zur Dauerregelung zu machen. Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz können die Betroffenen auch auf unabsehbare Zeit mit Sachleistungen anstelle von Geldleistungen abgespeist und in Lagern untergebracht werden.

Finanzielle Zwänge für die von der Union geforderte Änderung sind nicht erkennbar. Seit Jahren sinken die Ausgaben für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – insbesondere durch den Rückgang von Asylneuantragstellungen. Nach einer vor Kurzem veröffentlichten Statistik liegen sie auf dem tiefsten Stand seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen.

Günter Burkhardt: „Die Union zielt nicht primär auf Einsparungen, sie will die sichtbare Ausgrenzung. Sie will zeigen: Das Leben unter dem Existenzminimum und die Sachleistungen drohen auch den inländischen Armen.“

Presseerklärung Pro Asyl, 24.10.06 ■

Beckstein stellt alle Iraker unter Terrorismusverdacht

Bei der seit Jahren geplanten Bleiberechtsregelung, die endgültig im November 2006 auf der Innenministerkonferenz beschlossen werden soll, ist eine Regelung in der Diskussion, mit der die Probleme der allermeisten AusländerInnen, die sich mit einer Duldung in Deutschland aufhalten, nicht im Ansatz gelöst würden. So wird voraussichtlich eine Aufenthaltsdauer von 6 – 8 Jahren oder evtl. noch länger erforderlich sein, um in den Genuss einer Aufenthaltserlaubnis zu kommen. Außerdem ist die Forderung, dass der Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit gesichert sein muss, verlogen und kaum zu erfüllen, wenn gleichzeitig für Flüchtlinge die Möglichkeit zu arbeiten seit Jahren immer mehr eingeschränkt wird. Vor allem Familien mit Kindern, die angeblich bevorzugt behandelt werden sollen, haben in der Regel keine Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt ausschließlich aus eigenen Mitteln zu bestreiten, da sie weder Kindergeld noch Erziehungsgeld oder Kinderzuschlag erhalten.

... Aber nicht genug der Einschränkungen, die dazu führen werden, dass ohnehin nur wenige, sehr privilegierte Flüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können, soll unter dem Deckmantel der „Terroristenbekämpfung“ die Anwendbarkeit auf Personen aus dem Irak von Beckstein grundsätzlich ausgeschlossen werden. Iraker, die in großer Zahl vor dem Diktator Saddam Hussein und auch vor dem Bürgerkrieg im Irak, den täglichen Terroranschlägen, Entführungen und Erpressungen nach Deutschland geflohen sind, sollen, wenn es nach dem Willen Becksteins geht, leer ausgehen.

Viele Iraker sind als Minderjährige und sehr junge Erwachsene nach Deutschland gekommen, halten sich schon seit vielen Jahren hier auf und sind hervorragend integriert. Eine Perspektive im Irak gibt es für sie nicht. Tägliche Terroranschläge, Entführungen, Lösegelderpressungen und mindestens 100.000 tote Zivilisten seit Einmarsch der Amerikaner, ohne Aussicht auf Verbesserung der Lage, machen eine Rückkehr unmöglich.

Dennoch wird mit allen Mitteln verhindert, dass Iraker hier in Deutschland Sicherheit finden. So wird den Irakern, die hier seit langem als Flüchtlinge anerkannt waren, durch das Bundesamt der Flüchtlingsstatus wieder entzogen. Sie werden von den wenigen Errungenschaften des Zuwanderungsgesetzes ausgeschlossen, da die Gerichte und Ausländerbehörden einmütig der Meinung sind, dass eine Rückkehr in den Irak möglich und zumutbar ist. Nun sollen alle Iraker, unabhängig von ihrer Aufenthaltsdauer und ihrer Integrationsleistung grundsätzlich von der Bleiberechtsregelung ausgeschlossen werden. Begründet wird dies von Innenminister Beckstein damit, dass man sich kein Sicherheitsproblem nach Deutschland holen will. Damit stellt Beckstein alle Iraker pauschal unter Terrorismusverdacht! Gleichzeitig suggeriert er, wenn man Iraker von der Bleiberechtsregelung ausschließt, wäre ein Sicherheitsproblem gelöst.

... Es darf nicht sein, dass pauschal alle Iraker auf diese unglaubliche Weise als potentielle Terroristen diffamiert und unter Generalverdacht gestellt werden.

Wer dies tut, betreibt das Gegenteil von Integration – Kriminalisierung, Diffamierung und Hetze. Das allerdings ist nichts Neues bei der Bayerischen Staatsregierung.

Angelika Lex, für den Vorstand der Deutsch Kurdischen Gesellschaft e.V. ■

Flüchtlingsstreik in Blankenburg

OLDENBURG. Seit Mittwoch, den 4. Oktober, befinden sich die BewohnerInnen des sieben Kilometer von Oldenburg entfernten Flüchtlingslagers „Blankenburg“ im unbefristeten Streik. Konkret heißt das: Sowohl das Kantinenessen als auch die lagerinternen 1-Euro-Jobs werden boykottiert. Mit ihrem Streik setzen sich die Flüchtlinge gegen eine Lagerrealität zur Wehr, die im Kern auf Kontrolle, Entwürdigung und Zermürbung zielt.

Statt Zwangsverpflegung durch unausgewogenes und ungenießbares Einheitsessen in der Lagerkantine fordern die Streikenden das Recht, ihre Nahrung selbstbestimmt, d.h. gemäß individueller bzw. kultureller Vorlieben und Gewohnheiten zubereiten zu können. Das wiederum ist nur möglich, so denn ihnen die hierfür erforderlichen Geldmittel bar ausgezahlt werden. Des Weiteren fordern die Flüchtlinge eine angemessene und hiesigen Standards angepasste medizinische Versorgung. Die auch aus anderen Lagern wie z.B. dem Abschiebelager Bramsche-Hesepe hinlänglich bekannte Standardbehandlung durch Paracetamol muss endlich abgeschafft werden.

Gleichfalls abgeschafft, so die Flüchtlinge, gehören die systematischen Schikanen und Beleidigungen durch das Lagerpersonal im Alltag. Zu diesen gehört unter anderem die Streichung des monatlichen Taschengelds (38 Euro) für all die Flüchtlinge, welche sich weigern, trotz abgelehnter Asylverfahren „freiwillig“ auszureisen. Grundsätzlich fordern die BewohnerInnen des Ein- und Ausreiselagers Blankenburg ein Ende der Isolationspolitik: Nach maximal 3 Monaten sollten alle Flüchtlinge dezentral in eigenen Wohnungen untergebracht werden und darüber hinaus eine Arbeitserlaubnis erhalten.

Die immer wieder praktizierten Umverteilungen von Blankenburg in das Abschiebelager Bramsche-Hesepe stellen mit anderen Worten keine Alternative dar! Auch am zweiten Streiktag beteiligten sich über 200 LagerbewohnerInnen an den Protesten, und das obwohl die Lagerleitung versucht, den Streik durch urplötzlich aufgetischte Festessen zu brechen.

Von Beginn an versucht die Lagerleitung, die Proteste kleinzureden. Sie verbreitet das Gerücht, wonach allenfalls 50 Leute – vor allem Flüchtlinge aus Afrika – an den Protesten beteiligt wären, obwohl bereits der bloße Augenschein zeigt, dass dies nicht den Tatsachen entsprechen kann. Darüber hinaus lobte Lagerleiter Lüttgau in einem Gespräch mit VertreterInnen der Flüchtlinge das Kantinenessen über den grünen Klee: Dieses sei besser als die Nahrung, welche den Flüchtlingen üblicherweise in ihren Herkunftsländern zur Verfügung stünde.

Auch zur Gesundheitsversorgung fiel Lagerleiter Lüttgau ein vielsagender Vergleich ein: Die Flüchtlinge sollten doch froh sein: Während in Blankenburg medizinisches Pflegepersonal nahezu täglich ansprechbar sei, käme in der Zentralen Aufnahmestelle in Braunschweig gerade ein Mal pro Woche ein Arzt zwei Stunden lang ins Lager. Die Ungeheuerlichkeit dieser und ähnlicher Aussagen keiner weiteren Kommentierung bedarf.

Stichwort „Undurchsichtige Repressionsmanöver“: Nachdem es am Mittwoch auf der Buslinie, die unter anderem das Lager Blankenburg mit der Stadt Oldenburg verbindet, zu einem Zwischenfall zwischen 4 Fahrgästen (mutmaßlich Flüchtlingen) und einem Busfahrer gekommen ist, wurde der reguläre Linienbetrieb eingestellt, zumindest wird das Lager nicht mehr angefahren. Lagerleiter Lüttgau ließ die Flüchtlinge wissen, dass der Busbetrieb erst wieder aufgenommen würde, sobald der Streik beendet sei. Es bleibt die Frage, was das eine mit dem anderen zu tun hat?!

Die Flüchtlinge müssen auch während des Streiks essen. Es ergeht deshalb der Aufruf an die Öffentlichkeit, reichhaltig Nahrungsmittel zu spenden. (...)

PM 12.10. 2006

Die Situation in Blankenburg spitzt sich zu: Einerseits wird der Streik fortgesetzt – einschließlich neuer Aktionen gestern und heute. Andererseits schlagen die Lagerbehörden zunehmend zurück. Konkret heißt das, dass seit Beginn des Streiks insbesondere Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern verstärkt zu Botschaftsvorführungen vorgeladen werden; sie sollen dort mit den für die Abschiebung erforderlichen Ersatzreisepapieren ausgestattet werden. Hinzu kommt (neben einer Vielzahl ‚am Rande‘ ausgestoßener Androhungen seitens des Lagerpersonals und der Polizei), dass gestern zwei am Streik beteiligte Flüchtlinge nach Bramsche und Blankenburg zwangsumverteilt wurden. Der eine von ihnen war zuvor während einer Demo auf dem Lagergelände von der Polizei brutal festgenommen und zusammengeschlagen worden. Insgesamt hat dies zu einer deutlichen Verunsicherung geführt, nicht zuletzt innerhalb der afrikanischen Community.

Politisch heißt dies, dass die Programmatik des Streiks ab sofort erweitert werden muss: Neben dem Protest gegen das Lager müssen auch die Repressionen seitens der Lagerleitung, der Polizei und der Ausländerbehörden auf die politische Tagesordnung gesetzt werden. Denn Botschaftsvorführungen spielen bereits seit geraumer Zeit eine immer zentralere Rolle im EU-Abschieberegime. Hintergrund ist, dass die EU-Regierungen vor allem afrikanische Länder immer stärker unter Druck setzen (durch eine Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche), Passersatzpapiere zum Zwecke der Abschiebung auszustellen. Bislang haben das viele Botschaften nur sehr schleppend getan, oft einfach deshalb, weil die betroffenen Länder dringend auf die finanziellen Rücküberweisungen ‚ihrer‘ Flüchtlinge und MigrantInnen angewiesen sind. Mit anderen Worten: Der Flüchtlingsstreik in Bramsche führt mit-

ten in all die Fragen, die bereits seit Monaten intensiv in der Öffentlichkeit verhandelt werden: Vor den Kanarischen Inseln und im Mittelmeer sterben täglich Bootsflüchtlinge; dem wiederum versuchen die Regierungen in Europa unter anderem durch verstärkte Abschiebungsbemühungen Einhalt zu gebieten. Da bietet es sich natürlich an, die entsprechenden Maßnahmen auch gegen die anzuwenden, die in Europa für ihre Rechte kämpfen.

PM 13. Oktober 2006

Auch heute sind die streikenden Flüchtlinge und viele Unterstützer mit einer Demonstration durch die Innenstadt Oldenburgs gezogen. Es waren mehr DemonstrationsteilnehmerInnen als letzten Freitag, ca. 300 Menschen solidarisierten sich mit dem Protest der Flüchtlinge oder waren selber streikende Flüchtlinge. Es wurden mehrere Reden gehalten, die noch mal die Verhältnisse im Lager Blankenburg zum Thema machten. Viele Flüchtlinge berichteten über die Missstände in der Gesundheits- und Essensversorgung, sowie die diskriminierende Behandlung im Lager. Auch Flüchtlinge aus dem Abschiebelager Bramsche sprachen auf der Demonstration.

In den Reden wurde auch der heutige Artikel der Nordwestzeitung thematisiert, der ein großes Foto vom angeblich guten Essen in der Lagerkantine und den Speiseplan dieser Woche abgedruckt hatte. Die Flüchtlinge sagten, sie hätten ein solches Essen noch nie in der Lagerkantine gesehen. Sie sagten, vielleicht glaube der Autor des Artikels, man könne das Zeitungsbild essen. Die NWZ beteiligt sich dabei offensichtlich an der Kampagne gegen den Streik und verlässt jedes Gebot einer objektiven Berichterstattung. Sie präsentiert das jetzt aufgetischte Festessen der Lagerleitung als Normalität. Dieser Boulevard-Journalismus überzeugt aber niemanden, sondern schürt lediglich rassistische Ressentiments.

Der Streik der Flüchtlinge ist gegen das Sachleistungsprinzip des Asylbewerberleisungsgesetz gerichtet. Die Forderung ist, sich selbstbestimmt mit eigenen Lebensmitteln nach eigenen kulturellen Bedürfnissen zu versorgen. Die NWZ will aber offensichtlich die Zusammenhänge gar nicht sehen, sondern den Streik als unberechtigt und unbegründet erscheinen lassen.

Gestern zog eine kleine Demonstration von 40-50 Leuten durch die Innenstadt und warb bei verschiedenen Institutionen für die Unterstützung des Streiks. Ziel war es außerdem, verschiedene Parteien (SPD und Bündnis90/Die Grünen), Institutionen (Rathaus), Vereine Kirchengemeinden zu besuchen und mit den Forderungen der Streikenden bekannt zu machen.

Die Lagerbehörden reagieren zunehmend mit Repression gegen die streikenden Flüchtlinge. Es werden Fotos auf den Protestaktionen gemacht, um die AktivistInnen zu ermitteln und diese gezielt mit Repression, Umverteilung in ein anderes Lager und Abschiebung zu bedrohen.

PM 17. Oktober 2006

In mehreren Tageszeitungen (u.a. „Die Welt“, „Neue Presse“ und „Weserkurier“) wird am heutigen Montag von schweren Vorwürfen gegen die Beteiligten des seit fast 2 Wochen andauernden Flüchtlingsstreiks im Ein- und Ausreiselager Blankenburg berichtet. Der Boykott der Kantine und der lagerinternen 1-Eurojobs sei ferngesteuert, einige wenige Aufwiegler innerhalb und außerhalb des Lagers erzeugten ein Klima der Angst“, so unter anderem Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann. Unmittelbarer Anlass der Berichte war eine kurze Handgreiflichkeit zwischen Christian Lüttgau, dem Leiter der Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde in Blankenburg, und ca. 20 DemonstrantInnen, die am Sonntag vor Lüttgaus Privathaus einen symbolischen Zaun errichtet hatten. „Die Absicht ist offensichtlich. Die Proteste sollen diffamiert werden“, entgegnet Olaf Bernau vom bundesweiten NoLager-Netzwerk. „Es soll davon abgelenkt werden, dass die Forderungen der streikenden Flüchtlinge unmittelbar mit dem übereinstimmen, was in Niedersachsen nicht nur Menschenrechtsorganisationen und Träger der freien Wohlfahrtspflege, sondern auch Bündnis90/Die Grünen bereits seit Jahren fordern“.

2004 veröffentlichte der Niedersächsische Flüchtlingsrat, die AWO, das deutsche Rote Kreuz, die Caritas, das Diakonische Werk, die Jüdische Wohlfahrt und der paritätische Verband Niedersachsen ein gemeinsames „Memorandum zur Asyl- und Flüchtlingspolitik der Niedersächsischen Landesregierung“. Unter anderem wird dort eine dezentrale Unterbringungen in eigenen Wohnungen nach spätestens 3 Monaten und die Auszahlung von Bargeld an Flüchtlinge gefordert. Auch die niedersächsischen Grünen haben sich diese Forderungen längst zu eigen gemacht. So erklärte die Landtagsabgeordnete Georgia Langhans im März 2006 anlässlich einer Demonstration von Flüchtlingen aus dem Abschiebelager Bramsche: „Es gibt kein Argument, diese Art der Unterbringung von Flüchtlingen weiter aufrecht zu erhalten. Niedersachsen sollte seine Vorreiterrolle in dieser inhumanen Praxis aufgeben. Die Menschen sollten nach wenigen Tagen aus der Einrichtung raus und dezentral in den Städten und Gemeinden untergebracht werden, wie es auch der Gesetzgeber vorsieht.“

„Anstatt ein Sicherheitsproblem herbeizureden, sollte die Auseinandersetzung um Lagerpolitik in Niedersachsen politisch geführt werden“, betont Ronald Sperling vom Antirassismusplenum Oldenburg. „Knackpunkt ist“, so Sperling weiter, „dass Niedersachsen ausdrücklich auf Lagerpolitik setzt“. Nur so könne der erforderliche Druck aufgebaut werden, Flüchtlinge zur so genannten „Freiwilligen Ausreise“ zu drängen, so denn sie nicht gleich abgeschoben oder in die Illegalität getrieben würden. Das sei auch der Grund, weshalb Niedersachsen zur Minderheit der 6 Bundesländer gehöre, die Flüchtlingen kein Bargeld auszahlten.

PM 19. Oktober 2006

Obwohl der Streik in keinster Form gegen geltendes Recht verstößt, bemühen sich Lagerleitung und Ausländerbehörde von Beginn an, die Streikenden durch gezielte Desinformationen und exemplarische Bestrafungen einzuschüchtern bzw. mundtot zu machen. Dieses Vorgehen ist leider gängige Praxis, bestätigt Olaf Bernau vom bundesweiten NoLager-Netzwerk. Als im Frühjahr Flüchtlinge im Abschiebelager Bramsche demonstrierten, wurden drei ihrer Vertreter in andere Lager umverteilt. Gleiches geschieht nunmehr auch in Blankenburg. Bereits vergangene Woche wurden zwei als Rädelsführer gebrandmarkte Flüchtlinge aus Afrika in die Landesgemeinschaftsunterkünfte nach Braunschweig bzw. Bramsche strafverlegt. Heute morgen ist ein aus der Türkei stammender Aktivist um 6.30 Uhr ... abgeholt und nach Schnega, einem kleinem Dorf im Wendtland, zwangsverbracht worden. „Das Vorgehen der Behörden ist nicht weniger als ein Anschlag auf die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit“, kommentiert Ronald Sperling vom Antirassistischen Plenum Oldenburg. ...

PM 23. Oktober 2006

Seit dem Beginn des Streiks der Flüchtlinge in der ZAAB Oldenburg hat der Leiter des Lagers, Herr Lüttgau, verschiedene Behauptungen in der Presse erhoben, um den berechtigten Protest der Flüchtlinge zu delegitimieren. Wir (das Streikbündnis) möchten hiermit seinen öffentlich in der Presse getätigten Aussagen unsere Sichtweise gegenüberstellen. Bei seinen öffentlichen Aussagen handelt es sich um eine gezielte Desinformation. Die Öffentlichkeit hat jedoch ein Recht darauf, die Antworten von Seiten der betroffenen Flüchtlinge zu erhalten. Die erste Behauptung, die Herr Lüttgau stereotyp in der Presse wiederholt, ist, dass es nur eine Minderheit von ca. 50 Menschen wäre, die sich am Streik beteiligt. Hierzu stellen wir klar, dass die erste große Demonstration im Lager am Mittwoch, den 4.10.06, von der absolu-

ten Mehrheit der anwesenden BewohnerInnen der ZAAB getragen wurde. Daran haben sich ca. 200 Menschen beteiligt. Im Folgenden wurde der Streik beschlossen und von der überwiegenden Mehrheit der Flüchtlinge auch getragen. Erst durch die massive Präsenz der Polizei und die Einschüchterung von Flüchtlingen durch Botschaftsvorführungen und Umverteilung von Aktivisten in andere Lager haben einige Flüchtlinge Angst bekommen, sich öffentlich zu zeigen. Zudem wurden auf Demonstrationen Fotos durch das Lager-Personal gemacht und diese dann mit den Ausweisen im Lager verglichen. Der passive Boykott der Lagerkantine und der Streik gegen die Ein-Euro-Jobs werden weiterhin von der Mehrheit der Flüchtlinge getragen.

Lagerleiter Lüttgau und auch Innenminister Schünemann behaupten immer wieder, dass die Proteste von außen gesteuert werden, durch das Antirassistische Plenum und das No-Lager Netzwerk. Hierzu stellen wir klar: Die Anti-Lager-Tage Ende September stellten den Flüchtlingen eine Plattform zur Verfügung, um über ihre Lebensbedingungen im Lager zu reden sowie sich über ihre Rechte zu informieren. Dieses Angebot haben die Flüchtlinge genutzt. Auch das Gerücht, es würden „aggressive Chaoten vor das Lager ziehen, die gefährlich wären", hielt die Flüchtlinge nicht davon ab, sich zahlreich an den Anti-Lagertagen zu beteiligen. Auf den Anti-Lager-Tagen ist die Protestform des Streiks nicht diskutiert worden. „Die Streikentscheidung ging allein von den Flüchtlingen aus", so Ronald Sperling, ein Sprecher des Antirassistischen Plenums Oldenburg. „Sie waren froh, Bündnispartner in ihrem Kampf um ihre Rechte zu haben." Der Streik und die Demonstration am 4.10. im Lager ist allein von den Flüchtlingen beschlossen worden. Die AktivistInnen des antirassistischen Plenums und des No-Lager Netzwerkes waren daran nicht beteiligt. Sie unterstützen die Flüchtlinge in ihrem Protest und in ihrem Kampf für ihre Rechte. „Die Forderungen haben die Flüchtlinge selbst aufgestellt. Wir bringen sie in die Öffentlichkeit", so Olaf Bernau vom Streikbündnis.

Eine weitere Behauptung zur Diffamierung des Streikes ist, es würde Druck auf andere Flüchtlinge ausgeübt, so dass diese sich an dem Streik beteiligen. Dieses Argument soll suggerieren, dass der Streik mit Gewalt gegen die Mehrheit der Bewohner durchgesetzt werden musste. „Die Absicht ist offensichtlich. Die Proteste sollen diffamiert werden", so Olaf Bernau vom bundesweiten No-Lager-Netzwerk. „Es soll davon abgelenkt werden, dass die Forderungen der streikenden Flüchtlinge unmittelbar mit dem übereinstimmen, was in Niedersachsen nicht nur Menschenrechtsorganisationen und Träger der freien Wohlfahrtspflege, sondern auch Bündnis90/Die Grünen bereits seit Jahren fordern". Gleichzeitig wird in den Presseartikeln von Lagerleiter Lüttgau immer wieder an Bilder von angeblich brutalen und kriminellen Machenschaften der Flüchtlinge angeknüpft. So behauptete er im Interview mit der NWZ vom 13.10., dass „vor allem Schwarze" hierher kommen, um „in kurzer Zeit

möglichst viel Geld (zu) verdienen, zur Bezahlung ihrer Schlepper." Mit solchen Behauptungen wird Rassismus geschürt.

Dies geht damit einher, die Flüchtlinge nicht als gleichwertige Gesprächspartner zu akzeptieren, sondern deren Forderungen als überzogen und inakzeptabel zu diffamieren. Es ist das Recht der Flüchtlinge, ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit wahrzunehmen und für die Verbesserung ihrer Situation zu kämpfen. Eine demokratische Auseinandersetzung zu führen, heißt auch die Forderungen der Flüchtlinge anzuhören und bereit zu sein, Missstände abzustellen.

PM 24. Oktober 2006

Am Mittwoch, den 25.10.06 wird es in Hannover eine Demonstration gegen die Niedersächsische Lagerpolitik der Landesregierung geben. Das Streikbündnis zur Unterstützung der Flüchtlinge des Lagers Blankenburg und der niedersächsische Flüchtlingsrat rufen zu dieser Demonstration auf. Die Demonstration wird die Forderungen der Flüchtlinge aus Blankenburg bei Parteien, Verbänden und auch dem Innenministerium abgeben. Die Landesregierung steht in der Verantwortung, ihre Desintegrationspolitik gegenüber den Flüchtlinge aufzugeben und ist daher der geeignete Adressat für die Forderungen der streikenden Flüchtlinge aus der ZAAB Oldenburg/ Blankenburg. Wir rufen alle Antirassistischen Gruppen, Menschenrechtsorganisationen, kirchlichen Verbände und Flüchtlingsorganisationen auf, sich an dieser Demonstration zu beteiligen. Außerdem rechnen wir mit der Teilnahme von Flüchtlingen aus den Lagern Bramsche und Braunschweig.

Die Niedersächsische Landesregierung setzt auf eine Lagerpolitik, die Flüchtlinge in drei Großlagern interniert. Erklärtes Ziel dieser Politik ist es, die Flüchtlinge aus der Gesellschaft auszuschließen und sie möglichst schnell wieder aus dem Land zu vertreiben. Wir kritisieren diese Politik, die auf die nahezu ausschließliche Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern setzt. Lagerleben bedeutet einen erhöhten psychischen Druck für die Flüchtlinge, die hierher gekommen sind, um Schutz zu suchen.

Flüchtlinge werden in Lagern einer strikten Reglementierung und Kontrolle ausgesetzt, die gesundheitliche Versorgung ist den Erfordernissen nicht angemessen, die Ernährungssituation negiert die kulturellen Bedürfnisse sowie das Bedürfnis, individuelle Kochgewohnheiten anzuwenden sowie die Möglichkeit einer selbstbestimmten Lebensführung. Wir fordern demgegenüber ein Recht auf Selbstbestimmung, die den Flüchtlingen auch für die Dauer des Asylverfahrens Perspektiven eröffnet und eine Integration in die Gesellschaft ermöglicht.

Flüchtlinge brauchen einen Ort, der sie aufnimmt, an dem sie ankommen. Sie brauchen Unterstützung und Beratung und wollen ihre alltäglichen Lebensbezüge, wie jeder Mensch, selbst bestimmen und gestalten. Das Leben im Lager setzt die Menschen unter permanenten Psychostress und hält sie im Schwebezustand des „Nichtangekommenseins". Gegen diese Politik der Lagerunterbringung werden wir am Mittwoch, den 25.10.06 in Hannover demonstrieren.

Zusammenstellungaus den Pressemitteilungen des Streikbündnisses: bee
Quelle: flucht@nds-fluerat.org, antira-ol@web.de ■

Elf Abschiebehäftlinge in Thüringen im Hungerstreik

ERFURT/SUHL. Elf Abschiebehäftlinge aus mehreren Ländern sind am Montag in der Thüringer Haftanstalt Suhl-Goldlauter in den Hungerstreik getreten. Mit der Aktion wollten sie die Rückführung in ihre jeweiligen Heimatländer verhindern, teilte das Justizministerium am Mittwoch in Erfurt mit. Nach Gesprächen mit Vertretern des Justizministeriums hätten sieben Häftlinge ihren Streik abgebrochen. Die restlichen vier werden ärztlich und psychologisch betreut.

■

„Lebenslage illegal"– Wie sieht das Leben im Schatten aus?

FRANKFURT. Im Club Voltaire referierte der Soziologe Diether Heesemann über die soeben erschienene Studie „Lebenslage ‚illegal' – Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Frankfurt am Main". „Die Autorinnen und Autoren geben mit Auszügen aus Interviews, die sie mit statuslosen Menschen geführt haben, einen Einblick in deren Lebenswirklichkeit. Ihre Lebenssituation, die Motive, die sie zur Migration veranlasst haben, ihre Erfahrungen, Probleme, Perspektiven werden ausgewertet. Zugleich untersucht die Studie die Arbeit und die Probleme der Hilfe- und Beratungseinrichtungen und Kontrollbehörden in Frankfurt am Main. Dabei wird u.a. deutlich, dass die restriktive Rechtsauslegung nicht nur den Bewegungsradius so genannter Illegaler einschränkt, sondern auch die Arbeit der Beratungsstellen beeinträchtigt. ... Außerdem geben die Verfasser praxisrelevante Empfehlungen zur Verbesserung der Hilfen für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus und entwickeln schließlich Handlungsoptionen auf legislativer und politischer Ebene." (aus der Verlagsankündigung)

Heesemann, der seit vielen Jahren auch für das Frankfurter Rechtshilfekomitee tätig ist, geht davon aus, dass in Frankfurt zwischen 25 und 50 Tausend Menschen ohne gültige Papiere leben. Sie sehen sich überwiegend nicht als Opfer sondern versuchen, der Armut ihrer Herkunftsländer zu entkommen und in Europa ein besseres Leben zu erreichen. Da die meisten keine staatlichen Transferleistungen erhalten, müssen sie sich in der Schattenwirtschaft durchschlagen und sind damit zwangsläufig Erpressung und extremer Ausbeutung ausgesetzt. Anders als in einigen anderen europäischen Staaten und z.T. auch in den USA besteht in Deutschland so gut wie keine Chance auf Legalisierung. Da hier eine Öffentlichkeit, die für eine Legalisierung eintritt, nur schwach ist, bewegt sich die vorhandene Unterstützung überwiegend pragmatisch. Obwohl das 2004 in Kraft getretene deutsche Aufenthaltsgesetz für die Menschen ohne Papiere ausschließlich aus repressiven Normen und Strafvorschriften besteht, sind die MigrantInnen aber nicht rechtlos. Ihnen stehen Grund- und Menschenrechte zu. Es gibt Richtlinien und Konventionen der EU und der UN, für deren Anerkennung und Umsetzung in Deutschland gekämpft werden muss.

Politische Forderungen, die die Forderung nach Legalisierung und Entkriminalisierung konkretisieren, konnte Heesemann in der Kürze der Zeit nur andeuten. Es geht darum, den Zugriff von Polizei und Ausländerbehörde einzuschränken, indem in bestimmten Bereichen Anonymität und Vertrauensverhältnisse geschaffen werden, etwa in der Gesundheitsversorgung. Das im Hessischen Schulgesetz enthaltene Einschulverbot für Kinder ohne Aufenthaltsstatus muss gestrichen werden. Die „Kettenduldungen" sind abzuschaffen. Das Recht auf Familiennachzug muss ausgeweitet werden. Die illegalen Beschäftigungsverhältnisse in bestimmten Branchen, etwa im Pflegebereich, müssen entkriminalisiert werden. Die Kommunen müssen die wenigen Spielräume, die das Aufenthaltsgesetz zulässt, nutzen. *ola* ■

Wolfgang Krieger, Monika Ludwig, Patrick Schupp, Annegret Will: Lebenslage „illegal", Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Frankfurt am Main, 260 S., 19,90 Euro, Bestell-Nr.: 3-86059-413-3

NEUERSCHEINUNG

dietz berlin, Rosa Luxemburg Stiftung,Texte 29: Peter Bathke/ Susanne Spindler (Hrsg.):
Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien.

Sind Neoliberalismus und Rechtsextremismus kompatibel oder schließen sie einander aus? Auf den ersten Blick stehen sich eine globalisierte Weltwirtschaft mit der gewünschten Migration von Kapital und Arbeitskräften und die Zunahme von rechtsextremem Denken diametral gegenüber. Tatsächlich aber sorgen die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Profitlogik und die Propagierung von Standortnationalismus für ein gesellschaftliches Klima, an das rechtsextremes Gedankengut anschlussfähig ist.
Ideologeme rechtsextremen und neoliberal-etablierten Denkens werden in diesem Band ebenso hinterfragt wie das Ineinandergreifen staatlichen Handelns und rechter Argumentationsmuster. Rechtsextreme Antworten bezüglich neuer Unsicherheiten in Arbeit und Alltag erscheinen in medialen Diskursen. Sie finden sich nicht nur am Rand, sondern mitten in der Gesellschaft.
In verschiedenen europäischen Ländern zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen, aber auch Gemeinsamkeiten. Sie werfen die Frage auf, wie diesen Prozessen ein solidarisches politisches Handeln entgegengesetzt werden kann.
Mit der Thematik setzen sich auseinander: Gabrielle Balazs, Dirk Burczyk, Christoph Butterwegge, Jean-Yves Camus, Klaus Dörre, Wolfgang Dreßen, Hermann Dworczak, Jörg Flecker, Michael Fichter, Jonas Frykman, Gudrun Hentges, Christina Kaindl, Olga Schell, Vincent Scheltiens, Herbert Schui, Richard Stöss, Ineke Van der Valk, LoÏc Wacquant, Gerd Wiegel und Bodo Zeuner.

ISBN 3-320-02086-2; 14,90 ; 230 Seiten; Bestellung über: Buchhandel oder Karl Dietz Verlag Berlin, k-dietzverlag@t-online.de, Rosa-Luxemburg-Stiftung, info@rosalux.de, tel.: 030-443 0- 23

Mussolinis Überfall auf Äthiopien

Eine Aggression am Vorabend des Zweiten Weltkrieges

Vor 70 Jahren, am 5. Mai 1936, zogen Paradetruppen der Kolonialarmee Mussolinis zu Pferd mit Marschall Pietro Badoglio an der Spitze in der äthiopischen Hauptstadt ein. Ein barbarischer Eroberungsfeldzug, der 275.000 Äthiopiern das Leben kostete, ging vorerst zu Ende. Der Widerstand hielt an. Der Überfall bildete ein Vorspiel in den Abgrund des drei Jahre später beginnenden Zweiten Weltkrieges. Diese Ereignisse haben in der Gegenwart erstaunlich wenig Aufmerksamkeit gefunden. Dabei gibt es aktuelle Parallelen, die dazu herausfordern müssten. Die Beschwichtigung der Öffentlichkeit, die Großbritannien und Frankreich 1935 angesichts der Aggressionsvorbereitung Mussolini-Italiens gegen Äthiopien betrieben, ging als Appeasement in die Geschichte ein. Heute beruhigen die deutsche wie andere europäische Regierungen die Bevölkerung über den Charakter des USA-Überfalls auf Irak als eines völkerrechtswidrigen Aggressionskrieges.

Autor: Gerhard Feldbauer, Pahl Rugenstein Nachf., Bonn 2006. 98 Seiten, 8,90 Euro, ISBN 3-89144-372-2

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Das Schatten werfende Geburtsdefizit und seine Verursacher-Ideologie

Nation & Europa Oktober 2006-10-30

Die Ergebnisse der Landtags- bzw. Senatswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin scheinen im Mittelpunkt der Oktoberausgabe von „Nation & Europa“ zu stehen, betrachtet man das Titelbild des Heftes. Da wird ein NPD-Wahlplakat („Quittung für Hartz IV - Jetzt NPD“) eingerahmt von Portraitfotos der Wahlverlierer aus SPD, CDU und Linkspartei, die alle mehr oder weniger ratlos und bedrückt aussehen. Der Titel des Politstillebens: „Wer nicht hören will, muß fühlen“ (den Sinn der Unterstreichung kennt ganz allein die N&E-Redaktion). Beiträge zum Titel sucht man im Heft jedoch fast vergeblich: Der Triumph der NPD in Deutsch-Nordost wird von Herausgeber HARALD NEUBAUER im Editorial einmal erwähnt und taucht dann erst wieder, recht lustlos abgehandelt, in der ständigen Rubrik „Eurorechte im Blickpunkt“ auf.

Stattdessen widmet sich KARL RICHTER dem beliebtesten Talkshow- und Boulevardthema des Herbstes und beschäftigt sich ausführlich mit den literarischen Hervorbringungen der Ex-Tagesschausprecherin Eva Herman. Unter dem Titel „TV-Moderatorin legt sich mit Feministinnen an: Eva Hermann – politisch unkorrekt“ geht es dann allerdings weniger um das blonde Mutterwunder (deren Buch „Das Prinzip Eva – für eine neue Weiblichkeit“ rechtsaußen so beliebt ist, dass es über den „Buchdienst Nation Europa“ vertrieben wird) als vielmehr um eine politische Abrechnung mit dem Feminismus und den angeblich hinter ihm stehenden ideologischen Machenschaften. „Wenn nicht alles täuscht, erleben wir, während die Schatten des Geburtsdefizits länger werden, die längst fällige Demontage der Verursacher-Ideologie. Der Feminismus kann historisch als die konsequente Verselbständigung des marxistisch-emanzipatorischen Theoriegebräus betrachtet werden, das seit Ende der 1950er, Anfang der 60er Jahre die Köpfe vergiftete. Caspar von Schrenck-Notzing hat in seinem berühmten Werk über die ‚Charakterwäsche‘ der Deutschen nach 1945 mit Recht auf den Beitrag US-amerikanischer Umerzieher an der Linkswende der sogenannten ‚Intellektuellen‘ hingewiesen“. Die USA haben die Deutschen nach der Befreiung vom Faschismus also mit Hilfe des Marxismus einer Gehirnwäsche unterzogen, die folgendermaßen funktionierte:

„Die Ära der ‚Moralpolitik‘ begann. Der von Adorno postulierte ‚autoritäre Charakter‘, eine Ansammlung negativer - und spezifisch deutscher! – Eigenschaften, wurde zur Kampfvokabel, nachdem es gelungen war, ihn in der Medienberichterstattung mit dem damaligen Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß zu identifizieren. ‚Emanzipation‘ und ‚Koexistenz‘, Vergangenheitsbewältigung, ‚Betroffenheit‘ und die ‚Unfähigkeit zu trauern‘ waren fortan die Versatzstücke des angeblich ‚herrschaftsfreien Diskurses‘. In Wirklichkeit begann der Marsch der Linken durch die Institutionen“.

Was da wie ein ideologischer Fiebertraum klingt, hat doch eine gewisse Methode: Man nehme lauter Begriffe, die nicht das Geringste miteinander zu tun haben und aus völlig unterschiedlichen Quellen stammen, werfe alles in einen Topf, rühre kräftig um und fertige so einen Popanz, der den eigenen politischen Interessen entspricht. Wenn das geschaffene Bild der Wirklichkeit nicht entspricht, hat die Wirklichkeit eben Pech gehabt. Die Hauptsache ist, in den Köpfen der Leser(innen) bleibt etwas hängen.

Bleibt noch die Frage nach dem tieferen Sinn der US-amerikanischen Umerziehung. Auch die wird von Richter beantwortet: „Der Feminismus trieb das Postulat der ‚Emanzipation‘ auf die Spitze. Es handelt sich um den Zentralbegriff schlechthin im ideologischen Arsenal der selbsternannten ‚Aufklärer‘. Folgt man Adorno, Habermas und Konsorten, soll sich möglichst jeder von jedem ‚emanzipieren‘, womit gemeint war: gewachsene, überkommene, von Autorität und Hierarchie strukturierte Beziehungen kappen. Lange vor Alice Schwarzer war das Dogma der Emanzipation der ideologische Wurzelkeim zur schleichenden Zersetzung der abendländischen Gesellschaften. Es galt, die tausend gewachsenen, historisch begründeten Wechselwirkungen und Abhängigkeitsverhältnisse im gesellschaftlichen Binnenorganismus zu zerstören. Dazu mußte nur die marxistische Mär ein wenig aufpoliert werden. Statt zum ‚Klassenkampf‘ wurde jetzt zur ‚Emanzipation‘ aufgerufen – der Arbeiter von den Unternehmern, der Bürger vom Staat, der Schüler und Studenten von den Lehrern und Professoren. Und zu guter Letzt: der Frauen von den Männern“.

Endlich ist damit die Katze aus dem Sack. Es geht im Kern um die alte Nazivokabel von der Volksgemeinschaft, um Aufklärung und Marxismus. Bekämpft werden alle Gesellschaftserklärungen, die auf unterschiedlichen Interessen der einzelnen Gesellschaftsteile beruhen. Sie werden verdammt, um zu suggerieren, Arbeiter und Unternehmer (und es ist kein Zufall, dass Richter dieses Gegensatzpaar zuerst genannt hat) hätten gleiche Interessen. Ist es falsch, in diesem Zusammenhang an Betriebsführer und Gefolgschaft zu denken? *tri* ■

Siegerist versucht Schill-Partei in Bremen

Junge Freiheit Nr. 42/06
vom 13. Oktober 2006

Der Vorsitzende des Vereins „Die Deutschen Konservativen“, Joachim Siegerist, versucht auch in Bremen eine rechtspopulistische Partei für die Bürgerschaftswahl im Mai 2007 zu gründen. Er lud zu einer Versammlung ein, an der laut JF ca. 300 Menschen teilnahmen, die sich mehrheitlich für eine Kandidatur unter dem Namen „Bremen muss leben“ ausgesprochen haben. Referenten waren neben Siegerist der Klubdirektor der Kärntner BZÖ, Andreas Skorianz, der auch im Blatt regelmäßig schreibende Wirtschaftswissenschaftler Bernd-Thomas Ramb und der aus der FDP stammende Vorsitzende der „Deutschen Partei“ Heiner Kappel.

Siegerist zerriss auf der Veranstaltung ein Exemplar des Weser-Kurier, weil die Zeitung nicht „unabhängig“ sei. Er rechnet mit Stimmergebnissen ab 20% – man wird sehen, ob das nicht ziemlich hoch gegriffen ist – er hat jedenfalls seinen Urlaub im März, April schon mal abgesagt.

uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507